

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement 4 Mk. Einzelne Nr. 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustr. Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1885 unter Nr. 746.)

Insertionsgebühr

beträgt für die 3 gespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pf. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Benthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Der heutigen Nummer liegt für unsere auswärtigen Abonnenten die Nummer 15 des „Illustrirten Sonntagsblatt“ bei.

Zur Branntweinfrage.

Die Petitionskommission des Reichstages hat einen Bericht erstattet über die Petitionen, die ihr bezüglich des Mißbrauchs und des Verbrauchs geistiger Getränke zugegangen sind. Sie fordert den Reichskanzler auf, eine Erhebung darüber zu veranstalten, wie weit die Behörden bei der Ertheilung von Konzessionen zum Ausschank von geistigen Getränken den Nachweis des Bedürfnisses als Maßstab angenommen haben und ob durch diese Beschränkung der Konzessionen eine Verminderung des Branntweinkonsums überhaupt herbeigeführt worden ist.

Die Kommission hat sich offenbar sehr viele Mühe gegeben; sie hat wissenschaftliche Autoritäten befragt und hat sonst allerlei Material beschafft; sie hat aber uns nur mittheilen können, was wir im Allgemeinen schon wußten, daß nämlich der Branntweinverbrauch ein eminent starker ist. In Preußen allein sind in den Jahren 1880/81 etwa 260 Millionen Mark für Branntwein ausgegeben worden.

Auch wenn der Reichskanzler die geforderte Erhebung vornehmen läßt, so werden wir dadurch nicht allzuviel Neues erfahren. Es kommt auch gar nicht darauf an, ob einige hunderttausend Liter mehr oder weniger konsumirt werden, die ganze Frage ist eine volkswirtschaftliche soziale und so fassen wir sie auch auf. Wir legen deshalb auf das ganze Geschrei, das von dem Ruckertum jahraus, jahrein gegen die „Branntweinpest“ erhoben wird, gar keinen Werth und auch nicht auf andere ähnliche Deklamationen.

Die Petitionskommission des Reichstages hat durch ihren Antrag gezeigt, daß auch sie in ihrer Mehrheit die Meinung hegt, die Verbreitung des Branntweingenußes komme von den vielen Gelegenheiten, die durch Branntweinschenken und Verwandtes geboten werden. Wir halten dies für absolut unzutreffend. Wenn der übermäßige Branntweingenuß nur aus den vielen Gelegenheiten entspringe, dann müßte er leicht zu beseitigen sein. Die Ursachen liegen tiefer. Wir wollen bei dieser Sache darauf hinweisen, daß z. B. unter den Damen der englischen Aristokratie die alkoholische Trunksucht eine Zeit lang sehr häufig aufgetreten ist. Diese Damen treiben sich schwerlich in den Tavernen Londons umher und doch sind viele von ihnen dem Dämon des Alkohol verfallen. Also die Gelegenheiten macht auch da nicht.

Hier sei auch auf eine Thatsache hingewiesen, die gewöhnlich weniger beachtet wird. In Süddeutschland trinkt die Masse des Volkes im Verhältniß zum Norden recht wenig Branntwein, und zwar aus einer sehr einfachen Ursache. Zunächst giebt es dort ein im Allgemeinen schmackhaftes und dabei billiges Bier; sodann ist der Wein billiger und dann giebt es namentlich in Südwestdeutschland ein billiges Volksgetränk, den sogenannten Most aus Birnen oder Äpfel, von dem namentlich in Württemberg auch der Kernste eine Quantität sich selbst keltert und in den Keller legt. So kommt es, daß dort wenig Branntwein konsumirt wird, auch herrscht dort das sogenannte Kirschwasser vor, ein Schnaps, der an Qualität sehr hoch über dem sogenannten Fusel steht.

Man sieht also, die Mittel, dem übermäßigen Branntweinkonsum zu steuern, wären sehr einfach. Ein billiges und gutes Volksgetränk her und die so viel besprochene „Branntweinpest“ ist weg. Aber statt dessen haben diejenigen, welche gegen den Alkoholismus ankämpfen nur Phrasen, und zwar Phrasen ohne jegliche Bedeutung.

Wann artet der Branntweingenuß überhaupt aus? Dafür wird sich schwer eine Grenze feststellen lassen. Der Arbeiter in Norddeutschland, soweit er mit schwerer Arbeit beschäftigt ist, bedarf ab und zu einer Auffrischung seiner Kräfte; er nimmt dazu einen Schluck Branntwein, weil er nichts Anderes hat, weil seine Mittel nicht ausreichen, ein besseres Getränk zu beschaffen. Da stehen wir wieder vor dem alten Hinderniß; die niedrigen Löhne verwehren es dem Arbeiter, sich zu besseren Getränken zu wenden. Und wie gerne würde er es thun!

Wir müssen aber auch eine gewisse Heuchelei darin erblicken, daß man sich immer geberdet, als ob nur die Branntweinschenken allein die Stätten seien, wo der Branntweingenuß kultivirt wird. Man wird doch wissen, daß es auch sehr „anständige“ Häuser giebt, in denen der Branntweingenuß florirt und daß auch sehr „anständige“ Leute von dem Branntweinteufel befallen sind.

Wo fängt überhaupt der Begriff „Trunksucht“ an und wo hört er auf? Wenn darüber die Behörden zu entscheiden hätten, würden wir sicherlich manchmal merkwürdige Dinge erleben, denn man kann über „Trunksucht“ und ihre Grenzen sehr verschiedener Meinung sein.

Die Agitation gegen den Alkoholismus hat auch einen Werth insofern, als sie auf eine höhere Besteuerung des Branntweins gerichtet ist, denn die Besteuerung würde sofort wieder auf den Konsumenten abgewälzt und gerade derjenige am schwersten getroffen werden, der nicht aus

„Trunksucht“, sondern zur Erfrischung und Stärkung ein Gläschen Brannwein trinkt.

„Jedes Volk hat seinen Teufel, der Deutsche hat den Sautteufel!“ sagt Luther. Wenn das wahr ist, dann hat man nicht das Recht, gerade den Arbeitern immer mit Deklamationen gegen den Alkoholgenuß zu kommen. Die Arbeiter im Allgemeinen verdienen heute wahrlich zu wenig, um öfter oder gar dauernd große Exzesse im Trinken begehen zu können. Fange man die Kur doch lieber bei den demittelsten „Gewohnheitstrinkern“ an! Diese genießen den Alkohol nur, weil sie Vergnügen daran empfinden. Sie könnten sich bessere und gefündere Getränke verschaffen. Und das ist eine andere Sache als bei dem Armen, der das nicht kann.

Politische Uebersicht.

Aus dem Reichstage. Die Zollkommission hat gestern die erste Beratung der die Erhöhung von Textilzöllen betreffenden Regierungsvorlage beendet. Die letzten beiden Sitzungen wurden mit der Diskussion über die Vorlage, sowie Spigen u. s. w., bei denen die Regierung eine Erhöhung von 600 auf 800 Mk. pro 100 Kilo wünschte, ausgefüllt. Nachdem Abg. Lorenz beantragt hatte, gemusterte Seidenstoffe, sowie seidene Gaze im Interesse der rheinischen Seidenindustrie ebenfalls auf 800 Mk. zu erhöhen, sprach sich der Abg. Singer in längerer Rede gegen die beabsichtigte Erhöhung des Spigenzolles aus. Der Redner betonte, daß man nicht um einer einzigen Fabrik zu helfen, andere bedeutende Industrien — in diesem Falle die Berliner Konfektion — welche viele tausend Arbeiter beschäftigen, schädigen dürfe, und wies darauf hin, daß auch andere Fabrikationszweige, z. B. die sächsische Stoffweberei und die Passemennindustrie des sächsischen Vogtlandes bedeutend dabei interessiert sind, daß der Konfektion der Weltmarkt nicht verschlossen würde. Nachdem von Seiten des Regierungsvortreters der Versuch gemacht war, die Ausführungen des Abg. Singer abzuschwächen, beschloß die Kommission mit 10 gegen 5 Stimmen, „gemusterte Seidenwaaren und Gaze von 600 auf 800 Mk. zu erhöhen.“ lehnte jedoch einstimmig die Regierungsvorlage bezüglich seidener Spigen ab, so daß der Zoll auf diesen Artikel in der jetzigen Höhe von 600 Mk. bestehen bleibt.

Die Verhandlungen über das Arbeiterschutzgesetz in der Mittwochssitzung des Reichstages haben in Arbeiterkreisen viel Stoff zu Diskussionen gegeben. Man wundert sich nämlich hauptsächlich über das Verhalten derjenigen Parteien, welche sich bei jeder Gelegenheit mit ihrer Arbeiterfreundlichkeit brüsten, welche alle von ihnen eingebrachten Gesetzesentwürfe stets mit dem Hinweis zu begründen belieben, daß dieselben eigentlich nur im Interesse der Arbeiter seien. Somit mußte es um so auffälliger erscheinen, daß außer dem konservativen

„Welche Unvernunft!“ rief Emmy. „Er unterschreibt, daß er Ihnen zehntausend Thaler zusichert, gleichviel in welcher Höhe sein Erbschaftsantheil ausfällt! Sie werden doch nicht beanspruchen, daß er Ihnen diese Summe bezahlt, da ja seine Erbschaft nur die Hälfte der Summe beträgt?“

„Was geht das mich an? Habe ich etwa ihrem Onkel gegenüber Verpflichtungen?“

„Ha!“ rief Emmy und die Leidenschaftlichkeit ihres Wesens kam jetzt unverhohlen zum Ausbruch. „Das ist Erpressung! Das ist eine Schändlichkeit!“

„Nennen Sie es, wie Sie es wollen, Fräulein Emmy, es ist mein Recht, und darauf bestehe ich.“

„Sie wollen also immer noch als die ehrliche Person gelten? Sie wollen nicht die Verdammniß mit uns theilen, entlarvt, beschimpft zu sein — und noch obenein einen unverhältnismäßig hohen Lohn fordern? ... Das soll nimmermehr geschehen!“

Charlotte zuckte verächtlich die Achseln. „Mein Fräulein, wir sind fertig; wir haben mit einander nichts gemein.“

„Sie falsche Person! Wenn nun mein Onkel der Herr auf Feldbau wäre?“

„Dann würde ich mich gefügt und würde ihm die Freundschaft nicht gekündigt haben. So aber, da ich von dieser Freundschaft nichts weiter zu hoffen habe, bestehe ich auf meinem Recht.“

„Sie verlangen die Auszahlung von zehntausend Thalern?“

„Ich werde sie nöthigenfalls gerichtlich einlagern!“

„Unerhört! ... Doch ha! Wie klug war's, wie gut, daß ich mir eine Waffe reservirte, um für solche Fälle gegen Sie aufzutreten!“

„Sie eine Waffe? Und welche wäre das?“

„D, ich werde es Ihnen zeigen. ... Ha! Sie sollen nicht als die ehrliche, treue Dienerin des Hauses gelten, während wir mit Schande gebrandmarkt sind! ... Ich werde auch Sie an den Pranger stellen, und mehr als — ich habe es in meiner Gewalt, Sie als eine Verbrecherin zu stempeln. ... Sie verzichten, oder ich mache von der Waffe Gebrauch.“

„Von welcher Waffe reden Sie denn?“ fragte Charlotte, ein wenig ruhig gemacht.

„Ich will es Ihnen sagen. Die erste Anschuldigung

Ferivilleton. Gesucht und gefunden.

Roman von Dr. Dur.
(Fortsetzung.)

Vielleicht hätte sie offenen Haß, absichtlich gezeigte Ränke leichter ertragen, als diese vollständige Gleichgiltigkeit, sein Unbehagen dessen was sie empfand.

Emmy schied aus diesem Hause gedemüthigt in ihrem Hochmuth, gelnickt in ihrer stolzen Hoffnung und verwundet tief im Herzen.

Sie war sehr unglücklich!

Vierunddreißigstes Kapitel.

Noch hatte Emmy den Entschluß, Feldbau zu verlassen, nicht ausgeführt, da zog schon Cordelia in die Zimmer ein, welche sie bisher bewohnt hatte. Cordelia fand eine gewisse Genugthuung für sich darin, daß sie die Rivalin verdrängte, daß sie ihren Platz einnahm, noch ehe Emmy denselben verlassen hatte.

Emmy war bereits vollständig in Reisfeldebern.

Sie hatte sich in Charlotte's Zimmer begeben, um dieser noch über einige Wirtschaftsangelegenheiten Rücksprache zu nehmen, und um mit Charlotte gemeinschaftlich das Scheitern aller Pläne zu beklagen. Das Gespräch führte zu bitteren Erörterungen.

„Sie tragen einen großen Theil der Schuld, daß Alles so gekommen ist,“ sagte Emmy. „Wären Sie damals nicht auf den Gedanken verfallen, Lucie zu verdächtigen?“

„Ich? Wie sollte ich dazu gekommen sein?“ rief Charlotte entrückt. Ihre Joce war's, nicht meine; aber hatten Sie nicht etwa das größte Interesse an der Erbschaft?“

„Gleichviel; Sie haben mich darin unterstützt, und das war ein großer Fehler. Wäre das nicht gewesen, hätten wir Lucie ganz ruhig in ihrer Stellung und in Ihren Erbschaftsaussichten gelassen, so hätten wir noch immer bei Herrn Rodenburg für seine Freunde gegolten und er hätte uns sicherlich in seinem Testament neben den rechtmäßigen Erben ansehnlich bedacht, während es jetzt allein Ihre Schuld ist, daß das nicht der Fall ist.“

„Dies Alles ist mir gleichgiltig,“ erwiderte Charlotte.

„Ich sollte meinen, daß es Ihnen nicht gleichgiltig ist, oder glauben Sie, mein Onkel hätte Sie nicht belohnt, wenn Alles so gekommen wäre, wie wir es beabsichtigten?“

„Für das, was ich gethan, habe ich den Lohn verdient, und derselbe ist mir ja zugesichert von Seiten des Herrn Amberg. ... Herr Rodenburg hat wahrhaftig nicht Ursache, mich zu belohnen, und ich will froh sein, wenn die Sache sich so wendet, daß kein Verdacht der Mitschuld auf mich fällt.“

„Wäre das der Fall, Sie wären ohne Stellung.“

„D, ich habe von Ihnen gelernt, klug zu sein, und werde es so einzurichten wissen, daß man mich nicht der Mitschuld verdächtigt.“

„Von wem erwarten Sie eine Belohnung?“

„Von Ihrem Onkel Amberg, von wem denn sonst!“

„Sie sind wirklich naiv, Charlotte. Mein Onkel hat Ihnen doch eine Summe zugesichert nur für den Fall, daß uns Ihre Dienste etwas nützen.“

„Haben ihm meine Dienste nicht genügt? Bekommen Sie nicht eine Ritzgift von zehntausend Thalern?“

„Ja, ich; aber mein Onkel. ...“

„Nun, er ist ebenfalls mit fünftausend Thalern bedacht.“

„Und welchen Lohn beanspruchen Sie für sich bei der wirklich lächerlichen Entschädigung für die verlorenen Hoffnungen?“

„Ich beanspruche die mir kontraktlich zugesicherte Summe.“

„Und welche wäre das?“

„Ich kann Ihnen den Revers zeigen, welchen mir Ihr Onkel gestellt hat, und Sie thun gut, Ihren Onkel zu erinnern, daß er seinen Verpflichtungen nachkommt.“

„Ich bin neugierig auf diesen Revers; ich weiß von einem solchen nichts.“

„Ist auch nicht nöthig! Das ist eine Sache, die zwischen mir und Ihrem Onkel allein abgemacht wurde.“

„Sehen Sie hier. Herr Breidiger Amberg verpflichtet sich als Belohnung für meine Dienste die Summe von zehntausend Thalern an mich zu zahlen, gleichviel in welcher Höhe ihm ein Erbschaftsantheil zufällt. ... Ich habe das Letztere ausdrücklich hineingebracht und Ihr Onkel hat's unterschrieben.“

Herrn Hartmann auch nicht einer Stellung zu dem Antrage... Die Diskussion wurde geschlossen, und weiter lesen wir, daß sich die Abgeordneten Vahl und Schrader bekümmerten, weil sie in Folge des Schlußantrages nicht zum Worte gekommen seien; aber wer hat denn Schuld, daß der Schlußantrag angenommen wurde? Zentrumspartei und Konservative hätten schon den Schluß unmöglich machen können, wenn ihnen daran gelegen war. Wir müssen daher zu Gunsten Derjenigen Partei nehmen, die behaupten, daß den auch-arbeiterfreundlichen Abgeordneten die Konfurrenz des Antrages Vebel-Grillenberger etwas unangenehm war. Die Herren hatten Butter auf dem Haupte und durften sich deshalb den Strahlen einer eingehenden Debatte nicht aussetzen. Der einzige Redner, der Abg. Hartmann, hat Ansichten entwickelt, die ein großes Licht auf die Pläne seiner Genossenschaft werfen; kein denkender Mensch wird heute noch die Verwerfung der sorten Rinderhände für die Industrie fordern können und wenn Herr Hartmann und seine politischen Freunde dieses dennoch verlangen, so ist dieses ein untrügliches Zeichen, daß es ihnen mit ihrem angeblichen Bestreben für das Wohl der Arbeiter niemals Ernst gemein ist.

In der letzten Sitzung des Bundesraths wurde der Gesetzentwurf über die Steuerbegünstigung für Zucker und der Gesetzentwurf wegen Abänderung und Ergänzung des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozessordnung den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Bei dem letzteren Entwurf handelt es sich nicht mehr um die Abänderung der Schwurgerichte, die den Ausschüssen bereits überwiesen ist, sondern um die schon angekündigte Vorlage wegen Wiedereinführung der Berufung. Ferner ertheilte der Bundesrath dem Entwurf einer allgemeinen internationalen Literar-Konvention, wie er vor einigen Jahren von der Schweiz angeregt wurde, sowie den Ausschüßanträgen betreffs eines internationalen Uebereinkommens über die Regelung des Eisenbahnfrachtverkehrs seine Zustimmung. Als Mitglieder des Reichsgerichts werden Landgerichts-Präsident Behr aus Liegnitz und Rod aus Karlsruhe dem Kaiser vorgeschlagen. Der Gesetzentwurf, betreffend den Schutz des Papiers der Reichs-Schaffenscheine gegen Nachahmung, wurde angenommen.

Zu der deutsch-englischen Flaggen-Affaire verlaute aus London: Dem Vernehmen nach hat das englische Kabinett von der deutschen Regierung die zufriedenstellendsten Versicherungen in Bezug auf den Zwischenfall in Ambas Bay erhalten. Fürst Bismarck, so heißt es, hat, während er jedwede Kenntniss von der angeblichen Beschimpfung der englischen Flagge in Victoria in Abrede stellt, der englischen Regierung in ungewöhnlicher Sprache zu verstehen gegeben, daß er seinen Wunsch hege, die Billigkeit der englischen Ansprüche auf jene Niederlassung zu bestreiten, und dieselbe thatsächlich bereits formell anerkannt habe. Sollte die Nachricht von dem Herabziehen der englischen Flagge sich bestätigen, werde die deutsche Regierung sofort das Vorgehen ihrer Agenten desavouiren, und diejenigen Schritte ergreifen, die zur Verhütung eines Wieder-vorkommens eines solchen Mißverständnisses nöthig sein dürften. — Bestimmte Nachrichten sind bis jetzt über diese Angelegenheit noch nicht eingetroffen, indes gewinnt es den Anschein, daß dieselbe in friedlicher Weise erledigt werden wird.

Afrikanisches. Der „Reichsanzeiger“ macht in seinem amtlichen Theile folgendes bekannt: Nachdem das Gebiet zwischen der Mündung des Oranienflusses und dem Kap Frio, ausschließlich der Baischabai, unter den Schutz Sr. Majestät des Kaisers gestellt worden, sind die deutsche und großbritannische Regierung dahin übereingekommen, durch eine in der Hauptstadt zusammengetretene gemischte Kommission die Ansprüche auf Privateigentum oder Nutzungsrechte prüfen zu lassen, welche vor der deutschen Schutzklärung englische Unterthanen in dem unter deutschen Schutz gestellten Gebiete und dem Reichsangehörige in der Baischabai und auf den in der englischen Besitzergreifungsurkunde vom 27. Februar 1867 genannten Inseln bei Angia Requena erworben zu haben behaupten. Deutsches Mitglied der Kommission ist der Generalkonsul Dr. Bieber.

Unter der Ueberschrift: „Das deutsche Eldorado in Ostafrika“ bringt die „Weser-Zig“ mehrere Artikel, in welchen sie, gestützt auf zahlreiche Zeugnisse, die Unmöglichkeit für Europäer, dort länger als zwei bis drei Jahre zu wohnen, nachweist. Zum Schluß heißt es dann: „Wir meinen, dies Sterben kann weder den geographischen Reisenden, noch den Missionar hindern, ins Land zu geben; nicht einmal der Kaufmann wird sich abhalten lassen, in jenen Gegenden seinem Geschäfte nachzugehen. Aber den Arbeiter, der von seiner Handarbeit lebt, der für sich und seine Familie ein Heim zu gründen wünscht, in ein solches Land zu laden, das ist ein großes Unrecht. Auch das Deutsche Gebiet in Ostafrika ist keine Kolonie und wird es, wenn je, auch noch lange nicht sein, in die man den Strom unserer Auswanderer lenken kann. Es ist noch nicht lange her, daß über die Gründungen der Milliardenzit

gegen Lucie war die, daß dieselbe die Summe von vierhundert Thalern vom Wirtschaftsgelde unterschlagen habe. Sie hatten tausend Thaler empfangen; es waren von Ihnen aber nur Quittungen über sechshundert Thaler vorhanden; zwei Quittungen über vierhundert Thaler konnte Lucie nicht erbringen.“

„Ich weiß es! Diese Quittungen hatte ich an mich genommen und händigte sie Ihnen aus, um sie zu vernichten.“

„Ich war auch im Begriff, es zu thun; schon hatte ich die Quittungen der Flamme nahe gebracht, da fiel mir noch zur rechten Zeit ein, daß man sich auf die Treue und Freundschaft Derjenigen nicht immer verlassen könne, die solcher Handlungen fähig sind. Ich verwahrte diese Quittungen.“

„Sie verwahrten diese Quittungen?“ rief Charlotte etwas erschrocken. „Sie haben dieselben noch?“

„Ich habe sie noch in meinem Schreibtisch! . . . D, ich hole sie, und dann — Verzicht, oder ich mache von der Waffe Gebrauch.“

Inzwischen hatte Cordelia von Emmy's Zimmern Besitz genommen. Sie trat ein und blickte sich naserümpfend ringsum, und so oft ein Stübchen ihren Blicken begegnete, das sie an die vorige Bewohnerin dieses Zimmers erinnerte, zuckte ein verächtliches Lächeln um ihre Lippen. Sie raufste einige Male durch die Zimmerreihen. Da fiel ihr Blick auf den Schreibtisch, auf welchem Emmy die Wirtschaftsbücher, die sie geführt, niedergelegt hatte.

Cordelia glaubte, ihre neue Stellung nicht würdiger und effektvoller antreten zu können, als wenn sie diese Bücher sofort einer Kontrolle unterziehe. Sie nahm also mit einer Wichtigkeit, als ob sie sich auf dem Richterstuhle eines hohen Tribunals niederließe, vor dem Schreibtische Platz, langte aus der Tasche ihres Kleides ein Futteral hervor, setzte eine Brille auf, und begann nun die Bücher zu durchblättern.

Führung von Wirtschaftsbüchern war ihr nun freilich ein unbekanntes Gebiet, und so kam es denn, daß diese Kontrolle, welche sie übte, lediglich den Erfolg hatte, daß sie sah, sie würde sich daraus doch nicht verständigen können.

So traf sie Emmy, welche mit den Reiselleidern an-

der Raach gekommen ist. Soll die Begeisterung für Kolonien zu neuen Gründungen der Art und dann zu einem Raach führen? Es ist nicht angenehm, heute etwas gegen ein solche Sache zu sagen, wenn sie auch noch so unverständlich ist. Nur zu leicht bekommt man eine Beschimpfung als Dank. Aber das kann Vaterlandsfreunde nicht abhalten, zu sagen, was vor dem Schaden warnen soll. Sollte auch die Warnung nicht beachtet werden, man hat ein gutes Gewissen, wenn man gewarnt hat.“

Frankreich.

Die Erträgnisse der Steuern gehen noch weiter zurück als voriges Jahr. Während des Monats Februar haben die indirekten Steuern 3 993 500 Fr. weniger ergeben als sie im Voranschlag angesetzt waren und 5 642 300 weniger als im Vorjahre. Ein Ausfall von 30—40 Millionen ist daher für das Jahr zu befürchten. Bis jetzt beträgt derselbe 5 885 000, während Alger eine Steigerung von einer Million aufweist. Die Pariser Verbrauchssteuer ist im Februar um 336 250 Fr. gegen das Vorjahr und um 307 703 Fr. gegen den Voranschlag zurückgeblieben. Für die beiden ersten Monate des Jahres beträgt der Ausfall 938 510 Fr. Deshalb erheben sich auch einige Bedenken gegen die geplante neue Anleihe von 600 Millionen. — Diese Bedenken werden bei der chauvinistischen Bestimmung der Deputirtenkammer angefaßt der in Tonkin zu erwartenden Gloire bald verschwinden; zu Kriegen werden die größten Summen bewilligt.

Der Minister des Innern will die Entfaltung der rothen Fahne bei den Feiernlichkeiten, welche die Kommune für den 18. März vorbereiten, nicht dulden und sandte allen Präfekten bereits den Befehl, die geeigneten Maßregeln zur Beseitigung aller revolutionären und aufwieglerischen Abzeichen zu ergreifen, falls sich dieselben auf den öffentlichen Straßen zeigen sollten. — Die intransigenten Zeitungen protestiren dagegen, daß die am Dienstag verhafteten Sozialisten über die Grenze gebracht werden sollen; eine solche Maßnahme läme einer Auslieferung gleich. — Es ist Befehl ertheilt worden, die kirchlich Ausgewiesenen, welche über die nördliche Grenze Frankreich wieder betreten, zu verhaften. — Ein Telegramm des Admirals Dupé von Keling vom 8. d. Mts. meldet, der Oberst Duchesne habe am 4. d. Mts. mit 1300 Mann die Stellungen der Chinesen angegriffen. Nach einer Reihe glänzender Gefechte, welche 4 Tage dauerten, seien die Chinesen aus allen früher innegehabten Stellungen vertrieben und gegen Tamsui zurückgeworfen worden, auf der Flucht hatten sie 2 Kanonen, zahlreiche Flinten und Fahnen und eine große Menge Munition zurückgelassen. Die Franzosen hätten ungefähr 200 Tode und Verwundete gehabt.

Amerika.

Nach in Washington eingegangenen Nachrichten aus New Orleans ist in Folge des Vorgehens des Präsidenten Barrios zur Herstellung einer einzigen, aus den Staaten von Central-Amerika bestehenden Republik zwischen Guatemala und Nicaragua eine Kriegserklärung erfolgt. Das Vorgehen des Präsidenten Barrios soll namentlich bezwecken, dem Bau des Kanals von Nicaragua Hindernisse zu bereiten. Nicaragua ist eine der Staaten, die in den projektirten Bund mit eingeschlossen werden sollten.

Das brasilianische neue Parlament, welches nach einem Appell an das Land über die Sklavenfrage erwählt wurde, ist am 8. d. Mts. vom Kaiser eröffnet worden. Der Kaiser kündigte in seiner Thronrede die Einbringung einer Regierungsvorlage für die Erleichterung der Sklavenemancipation an und empfahl dem Parlament, diese Maßregel ernstlich in Betrachtung zu ziehen.

Vor Kurzem erhielt der Präsident der Republik Chile ein Badet zugestiftet, in welchem sich eine sog. Höllenmaschine befand. Durch Zufall erlangte der Präsident von dem Inhalt Kenntniss und die Maschine wurde vernichtet. Den Abwender hat man zwar noch nicht ermitteln können, doch scheint nach Lage der Sache der Plan von der liberal-reactionären Partei dieses Landes ausgegangen zu sein. Der jetzige Präsident sucht möglichst freirechtliche Reformen durchzuführen und stößt damit bei der reactionären Meute auf großen Widerstand.

Parlamentarisches.

Oldenburg, 12. März. Bei der hier stattgehabten anderweitigen Wahl eines Reichstagsabgeordneten sind bis jetzt für Bropping (frei.) 6183, für Fortmann (nat.-lib.) 3947 und für Schwarz (Soz.) 333 Stimmen gezählt; aus einer Anzahl von Wahlbezirken ist das Wahlergebniß noch nicht bekannt.

Dem Reichstag ist der Beschluß des Bundesraths, die Anlagen zur Destillation oder zur Verarbeitung von Theer und Theerwasser unter die nach § 16 der Gewerbeordnung genehmigungsg-

gethan, hastig und in höchster Aufregung eintrat. Sie erschrak, als sie Cordelia vor dem Schreibtisch sitzen sah.

„Ah,“ sagte sie mit einem malitösen Hintenüberwerfen des Kopfes, „ich sehe man hat große Eile, Besitz zu nehmen von diesen Zimmern. . . . Es wäre nach meiner Ansicht wohl spädlich, doch wenigstens so lange darauf zu verzichten, als ich hier bin.“

„Mein Amt und meine Rechte beginnen mit dem Moment, wo Sie aus Ihrem Amt und Ihren Rechten ausgetreten sind,“ antwortete Cordelia, indem sie über die Brille hinweg die Eintretende anblickte. „Ich denke, ich bin in meinem Rechte, wenn ich mich überzeuge, ob die Führung der Bücher in Ordnung ist, und wenn ich das thue zu einer Zeit, wo ich noch etwaige Aufschlüsse von Ihnen persönlich erhalten kann.“

„Ich hätte nicht geglaubt,“ erwiderte Emmy schnippisch, „daß Sie, die gelehrte Dame, auch von so prosanen Dingen, wie die Führung der Wirtschaftsbücher, etwas verstehen. Fordern Sie Aufschlüsse, welche Sie wollen, ich werde Ihnen dieselben nicht vorenthalten. Wenn Sie ein Urtheil haben über die Führung von Wirtschaftsbüchern, so werden Sie hoffentlich bereits erkannt haben, daß Alles in bester Ordnung ist. Ich habe weder Ihre, noch irgend eines Menschen Kontrolle zu fürchten. — Doch gestatten Sie mir wenigstens, bevor Sie diesen Platz einnehmen, daß ich erst Alles an mich nehme, was mir gehört.“

„Ah, ich wußte nicht, daß in diesem Schreibtisch noch Gegenstände vorhanden sind, welche Ihnen gehören. Ich habe nichts dawider, daß Sie Alles herausnehmen, vorausgesetzt, daß es sich nicht um Rechnungen, Beläge und dergleichen handelt, was natürlich Alles mir übergeben werden müßte.“

„Es handelt sich nur um einzelne Schriftstücke, welche ich an mich zu nehmen wünsche.“

Emmy erfaßte den Griff eines Schubkastens, um denselben herauszuziehen. Es mußten sich Papiere dazwischen geschoben haben, denn der Schubkasten gab nicht so gleich nach.

Cordelia, welche das vergebliche Bemühen Emmy's sah, versuchte ihr zu helfen, indem sie das nächste darunter befindliche Subfach herauszog, mit der Hand in die Oeffnung griff, und so versuchte, den Widerstand zu bewältigen. Da erfaßten ihre Finger Papiere, welche

pflichtigen Anlagen aufzunehmen, zur Genehmigung gegangen. Nach den Erfahrungen der Behörden ist es erforderlich, die in Rede stehenden Anlagen, bei ihrer Feuergefährlichkeit, bei der damit bisweilen verbundenen Explosionsgefahr, bei der den Adjazenten aus dem Betriebe erwachsenden Beschädigung und bei der Gefahr der Vereinnahmung des Bodens durch Amonialwasser, der Genehmigungspflicht zu unterwerfen.

Das dem Reichstage zugegangene erste Verzeichniß der an denselben gelangten Petitionen enthielt wiederum eine Anzahl, welche die Wiedereinführung der Doppelwährung verlangen. Nur eine Petition richtet sich gegen die Abänderung der bestehenden Münzordnung. Unter den übrigen Petitionen erscheint und wegen der nach dieser Richtung hin sich in letzter Zeit in stärkerer Maße geltend machenden Bewegung eine vom Abg. Bierck überreichte Eingabe von einer Anzahl Danziger Damen, welche um Abschaffung der Sittenpolizei und die Verfolgung aller Vergehen gegen die öffentliche Ordnung und den öffentlichen Anstand dem ordentlichen Richter zu unterstellen bitten, besonders bemerkenswerth.

Die vom Reichstage gewählte Kommission zur Vorbereitung des Ackermann'schen Antrages, betreffend den Befähigungsnachweis, hat sich konstituirte und zu ihrem Vorsitzenden den Abg. Roscher, zu dessen Stellvertreter den Abg. Ackermann und zu Schriftführern die Abgg. Vaders und Sattler gewählt.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Oeffentliche Sitzung vom 12. März. Vorsitzender Dr. Straßmann eröffnet die Sitzung um 5 1/2 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Berichterstattung des Stadtv. Reichnow über die Petition des Kaufmanns Hermann Hirschberg, Mauerstraße 27, betr. die probeweise Einrichtung einiger unterirdischer Bedürfnisanstalten für Männer und Frauen. Die Versammlung beschließt, die Petition dem Magistrat zur Berücksichtigung zu überweisen.

Es folgt die zweite Berathung des Stadthaushaltsetats pro 1. April 1885/86, und zwar berichtet Stadtv. Solan Namens des Ausschusses über Kapitel 1. (Spezialetat 1—4 Kammerverwaltung. — Bei dem Etat des Berlinerischen Hofes kam im Ausschuß die Frage wegen anderweiter Unterbringung des Amtszimmers des Stadtverordneten-Vorstandes und die Bureauräume der Stadtverordneten-Versammlung in Sprache. Man war dabei der Ansicht, daß das Zimmer des Vorstehers zu klein sei und der Amtswürde desselben nicht entspräche, auch die Bureauräume bei dem täglich wachsenden Altematerial dem Bedürfnisse nicht mehr genügen. Auf dem sei das Geräusch, welches die unter diesen Räumen durch die elektrische Beleuchtung aufgestellten Dampfmaschinen verursachen, äußerst störend, so daß die Zumeistung anderer geeigneter Räume dringend geboten erscheine. Der Ausschuß empfiehlt deshalb folgende Resolution zu fassen: „Die Versammlung ersucht den Magistrat, behufs anderweiter Unterbringung des Amtszimmers des Vorstehers und der Bureauräume der Stadtverordneten-Versammlung mit dem Vorstände in Berathung zu treten und der Versammlung eine bezügliche Vorlage recht bald zugehen zu lassen.“ — Die Resolution wird angenommen.

Weiterhin ersucht die Versammlung auf Antrag des Stadtv. Ausschusses den Magistrat, die zur Zeit von dem geselligen Verein der Gesellschaft der Freunde für ihre Zwecke benutzten Räumlichkeiten vom 1. Oktober d. J. ab, wenn es möglich ist, auf die Dauer von 3 Jahren weiter zu vermieten.

Bei der Position Neue Friedrichstraße 35 wurde im Ausschuß zur Sprache gebracht, daß seitens der städtischen Bauverwaltung bezw. ihrer Organe bei der Uebernahme des zur Markthallenbahn erforderlichen Theils des Gartens vom Grundstück Neue Friedrichstraße 35 resp. bei Freilegung des Gartens nicht ordnungsmäßig verfahren sein soll. Namentlich könne man, trotz Protestes der früheren Besitzerin des Grundstücks, einen derselben gehörigen Baum und eine Veranda anachronistisch veräußern lassen, und außerdem seien Gasfesselabender, stütz sie loszuschrauben und auszuheben, einfach abgeschlagen, und dadurch zur Weiterbenutzung unbrauchbar gemacht worden. Der Ausschuß hält es für wünschenswerth, daß über den Sachverhalt Erhebungen durch den Magistrat stattfinden und von dem Resultat derselben der Versammlung Mittheilung gemacht werde. Er schlägt demgemäß vor, folgende Resolution zu fassen: „Bei der Uebernahme des zum Bau der Markthallenbahn erforderlichen Theils des Gartens vom Grundstück Neue Friedrichstr. 35 bezw. Freilegung des Gartens sollen Unerheblichkeiten seitens der städtischen Bauverwaltung bezw. ihrer Organe vorgekommen sein. Die Versammlung ersucht den Magistrat, über das Sachverhältniß Erhebungen vorzunehmen und ihr von dem Ausfall derselben seiner Zeit Mittheilung

offenbar hinter dem Schubfach herabgefallen waren. In diesem Augenblick gab der Kasten nach.

Emmy zog ihn hinaus und durchwühlte schnell die Papiere. Sie fand nicht was sie suchte.

„Mir unbegreiflich!“ sagte sie. „In diesen Kasten that ich sie, ich weiß es genau.“

„Was, mein Fräulein?“

„Die Papiere, welche ich suche!“

„Ah, vielleicht sind es diese, welche hier in der Oeffnung stecken. — Erlauben Sie, ich werde Sie herausziehen.“

Emmy versuchte es zu verhindern, allein Cordelia hatte bereits ihre schmale Hand in das Schubfach hineingeschoben und zog zwei Blätter Papier heraus, welche an einer Ecke verbrannt waren.

„Das sind ohne Zweifel die Papiere, welche Sie suchen,“ sagte Cordelia, indem sie dieselben an das Tageslicht brachte. „Das hier scheint nichts als Kalkulatur zu sein, die eine Ecke ist bereits verbrannt.“

„Es sind die Papiere, welche ich suche!“ rief Emmy ungeduldig und griff darnach mit einer Hast, welche Cordelia aufwies.

Diese hatte die nur einmal zusammengefalteten Papiere geöffnet und auf den ersten Blick erlaant, daß es Quittungen seien.

„Diese Papiere gehören mir!“ rief Emmy, als Cordelia abgerte, sie ihr zu geben.

„Mir scheint, daß dies irgend welche Beläge sind, die doch zu Ihrer Rechnungsführung gehören.“ „Richtig wahr?“

„Nein, nicht zur Rechnungsführung! Ich bitte Sie.“

„Sie haben kein Recht auf diese Papiere, da es Quittungen sind, die sich offenbar auf die Kasse meines Vaters Rodenburg beziehen,“ antwortete sie ruhig mit überlegender Würde, indem sie ihre Hand auf die Papiere legte, „so habe ich wohl ein Recht, dieselben in Augenschein zu nehmen.“

„Fräulein Rodenburg, ich bitte Sie dringend,“ bat Emmy, welche plötzlich einsah, daß hier Gewalt nicht am Platze sei, geben Sie diese Papiere heraus. Es sind allerdings Quittungen; dieselben haben aber nur für mich ein Interesse, nicht für Sie.“

...ung zu lassen. — Die Versammlung erhebt diesen Vor-
schlag zum Beschluß.
Bei der Postion „Waagegerechtigkeit“ war dem Staats-
rat ein Antrag Weiß II. überwiesen worden, welcher da-
hing: eine stünfte Waage im Westen, etwa am Hafens-
weg zu errichten; die Geschäftsstunden der Waagen im
Sommer und Winter von Morgens 7 bis Abends 7 Uhr fest-
setzen und die Gewichtsberechnung nur nach Kilogrammen
zu lassen. Der Ausschuß war der Meinung, daß zu-
nächst eine Prüfung über das Bedürfnis zur Errichtung einer
neuen Waage und über die übrigen in Antrag gedachten
Vorschläge durch den Magistrat stattfinden müsse, wobei zu-
nächst die Frage wegen Verlegung der Waage am Petri-
platz, welche bei den jetzigen veränderten Verhältnissen dort
nicht mehr recht am Plage zu sein scheint, in Erwägung ge-
nommen werden könne. Er empfiehlt folgenden Be-
schluß zu fassen: „Die Versammlung überweist den obigen An-
trag des Staatsr. Weiß II. und Genossen dem Magistrat zur
Beratung, mit dem Ertrudern, ihr demnächst eine entsprechende
Vorlage zu machen.“ — Auch dieser Antrag wird an-
genommen.

Am Uebrigen legt die Versammlung die Spezialtitel 1-3
in Einnahme und Ausgabe nach den Vorschlägen des Staats-
ausschusses fest.

Der Vorsteher theilt gleichzeitig mit, daß im Staatsaus-
schuß nach wieder über die Vergebung der rathhäuslichen Säle be-
rathen und bezüglich Anregungen dem Magistrat unterbreitet wor-
den seien. Der Rämmerer hat in dieser Beziehung mitgetheilt,
daß für die Folge die Vergebung der rathhäuslichen Säle allen
religiösen und politischen Vereinen und Versammlungen nicht
gestattet werden soll, daß dagegen dem Antrage der Versamm-
lung, auch wissenschaftliche und künstlerische Versammlungen
zugelassen, nicht zugestimmt werden könne, da es ungewiss-
haft sei, daß Kunst und Wissenschaft eminent gemeinnützige
Zwecke verfolgen. Nach dieser Darlegung ist bisher hier ver-
handelt worden. In Bezug auf die Vergebung der Säle zu
religiösen und ähnlichen Vorträgen hat der Magistrat noch
keine Erwägung dahingehend stattfinden lassen, ob es
nicht empfehlen möchte, in Zukunft alle medizinischen Vor-
träge und alle Vorträge über Gesundheitspflege, sowie über
Arbeitsmethoden und dergleichen auszuscheiden und nur dann eine
Ausnahme zu machen, wenn ganz hervorragende und anerkannte
Autoritäten sprechen sollten.

Hieran schließt sich das Referat des Staatsr. Liebermann
über Kapitel VII des Stats — Armenverwaltung. — Ohne
Erwähnung wird der Stat nach den Vorschlägen des Staatsaus-
schusses in Einnahme mit 420 000 Mark, in Ausgabe mit
422 000 Mark und mit einer Mehrausgabe von 4 012 000 Mark
festgestellt.
Sodann erklärt sich die Versammlung damit einverstanden,
daß die Schauffeige-Gebühre zu Martinidenfelde auf die Zeit
vom 1. April 1885 bis 1. April 1886 unter den bisherigen
Bedingungen und für die bisherige Pachtsomme von 10 000
Mark an den derzeitigen Pächter Gustav Kausche weiter ver-
pachtet wird, mit der Maßgabe jedoch, daß das Pachterhältnis
überzeit nach vorheriger vierwöchentlicher Kündigung städtischer-
seits gelöst werden kann, falls innerhalb der Pachtzeit die Auf-
hebung der Hebestelle geboten sein sollte.

Auf eine Anfrage des Staatsr. Herbig wegen Genehmi-
gung der Preisliste für die durch die Deutsche Edison-Gesell-
schaft bezw. deren Rechtsnachfolgerin auszuführenden Einrich-
tungen elektrischer Beleuchtungsanlagen theilt der Magistrat
mit, daß die Aktiengesellschaft „Städtische Elektrizitätswerke“
die gedachte Preisliste ihm vorgelegt hat und er dieselbe nach
amtlicher Prüfung unterm 3. Oktober v. J. für das Betriebs-
jahr 1884 genehmigt, auch unterm 15. Dezember v. J. diese
Genehmigung für das Betriebsjahr 1885 erteilt hat. Die
Genehmigung Preisliste kann von den Interessenten bei der Ge-
sellschaft eingesehen werden. Staatsr. Herbig erklärt sich
durch diese Auskunft nicht für befriedigt und beantragt,
daß diese Preisliste durch das „Kommunalblatt“ der Bürger-
schaft mitgetheilt werde. Die Versammlung stimmt diesem An-
trage zu.

Der von uns bereits an anderer Stelle erwähnte Ma-
gistratsantrag, betr. den Ankauf des der Petri-Kirchen-
gemeinde gehörigen Theils des alten Jakobikirchhofes an der
Kastnerstraße wird einem Ausschusse zur Vorberathung über-
wiesen.

Dasselbe geschieht mit der Skizze zum Neubau einer Ge-
meinschaftsschule auf dem Grundstücke Höchste Straße 34/35.

Es folgt die Berathung des Projekts zum Neubau eines
Pavillons auf dem Krankenhaus-Grundstücke am Friedrichs-
platz für diphterietranke Kinder. Es ist bei diesem Projekt
von der Barackenform Abstand genommen worden, und der
Neubau des Pavillons erfordert einen Kostenaufwand von 65000 M.
Staatsr. Dr. Schulz stellt hierzu den Antrag, das Projekt
zur Begutachtung durch die Deputation für öffentliche Ge-
sundheitspflege zu unterbreiten. Es empfiehlt sich dies

„Ich wüßte nicht, daß Sie hier eine besondere Rech-
nung geführt hätten, eine Rechnung, die zur Rodenburg-
schen Wirtschaft nicht in Beziehung steht. . . Ich werde
Ihnen die Papiere nicht vorenthalten, wenn ich mich über-
zeuge, daß sie zu diesen Rechnungen nicht gehören. . . Laß
sich, von wem sie ausgefertigt sind. — Ah, von Charlotte
beschrieben! Nun, da ist es ja offenbar, daß sie Beläge
für Wirtschaftsberechnungen sind.“

„Ich bitte Sie, ich sehe Sie an, Fräulein Rodenburg,
geben Sie mir die Quittungen; ich versichere Sie, daß sie
für Sie keinen Pfennig, für mich aber einen unendlich
großen Werth haben.“

„Das muß ich untersuchen! Ich würde meinen
Wah sehr schlecht ausfallen, wenn ich Ihnen das aufs
Wort glaube. Ich muß Alles prüfen; das ist die Pflicht
einer Person, welche die Stelle einer Hausfrau ver-
treten soll.“

Emmy konnte nicht hindern, daß Cordelia las, und so
brachte denn letztere heraus, daß die zwei Papiere zwei
Quittungen über je zweihundert Thaler seien, ausgefertigt
von Charlotte, welche beschriebene, diese vierhundert Thaler
als Wirtschaftsgeld von Lucie Rodenburg erhalten zu
haben.

Von Lucie also aus jener Zeit datirt, wo Emmy die
Rechnungsbücher noch nicht führte. Da sie sich also nicht
des Begriffs, die Quittungen herauszugeben, als das Datum
unter denselben sie erinnerte, daß die Quittungen ungefähr
aus jener Zeit herrührten, in welcher man anfing, Lucie
zu verdächtigen. Die Haß, die Dringlichkeit Emmy's ver-
stärkte ihren Verdacht, daß es mit diesen Quittungen eine be-
sondere Bewandniß habe, und es ging ihr das rechte Licht auf.
Sie erinnerte sich, daß man damals von Lucie verlangt hatte,
nachzuweisen, wie sie die tausend Thaler empfangenes
Wirtschaftsgeld verwandt habe, daß Lucie nur im Stande
gewesen sei, die Herausgabe von sechshundert Thalern
nachzuweisen, daß die Quittungen über vierhundert Thaler
hätten. — — Sollten es diese Quittungen sein?

„Fräulein Emmy,“ sagte sie, sich an diese wendend,
„haben Sie Ihre Brille auf die Stirne geschoben und die junge
Dame forschend und sehr streng anblickt. „Fräulein
Emmy, ich kann Ihnen diese Quittungen nicht ohne Wei-
teres herausgeben; ich werde sie erst meinem Better Roden-

um so mehr, als hier wichtige hygienische Fragen mitspielen,
und auch die Heisanlage einer sorgfältigen Prüfung bedürfe.
— Stadtbaurath Blankenstein hält eine solche Prüfung nicht
für nothwendig, da das Projekt bereits von wissenschaftlichen
Autoritäten, u. A. vom Geh. Rath Bruchon und den Direktoren
und Aerzten des Krankenhauses, bereits geprüft sei und die
Baudeputation denselben nur die äußere Gestaltung gegeben
habe. — Staatsr. Dr. Neumann und Dr. Vangerhans schließen
sich dem Antrage des Dr. Schulz an. Wenn der städtische
Sanitätsbeamte bereits existirte, würde man denselben doch ge-
wis bei der Auffstellung des Projekts zu Rathe gezogen haben
und man sollte doch wenigstens in einer solchen immerhin wich-
tigen Frage die Inskanz der Gesundheitspflege-Deputation nicht
übergeben. — Staatsr. Spinola hält die Sache bereits für
spruchreif. — Auch Vorsteher Dr. Straßmann bittet, von dem
Antrage Schulz Abstand zu nehmen. Wenn derselbe die Ten-
denz habe, die fast vernachlässigte Deputation für öffentliche
Gesundheitspflege einmal wieder in Aktion treten zu lassen,
so sei diese Tendenz anerkannt, indessen sei bei dieser
Gelegenheit kein Grund dazu vorhanden, da die Sache keinen
Aufschub erleiden dürfe. — Der Antrag Dr. Schulz wird
hierauf abgelehnt und die Magistratsvorlage angenommen.

Die Tagesordnung ist damit erledigt und die öffentliche
Sitzung schließt um 7 1/2 Uhr. Am Magistratsgebäude wohnten
derselben bei: Rämmerer Runge, Baurath Blankenstein, Syndikus
Jelle, Stadtrathe Voigt, Stadtbogen, Wiebe, Friedel, Koel-
decken, Borchardt, Ramroth, Kurz, Krause.

lokales.

Unter der Marke „Königliche Charitee“ enthält die
„Post“ mehrere Notizen, von welchen wir zwei recht wert-
wichtige nachfolgend wiedergeben: Vermißt wird seit dem 1. d.
der Charitee-Küchenarbeiter John. Derselbe hatte, nach Empfang
seiner Löhnung, Urlaub erhalten und seinen in Moabit wohn-
enden Bruder besucht. Er verließ denselben, um in die Charitee
zurückzukehren, und ist seitdem verschwunden. Wenigleich mit
dem Verschwinden des Genannten ein in der Charitee be-
gangener Diebstahl zusammenfällt, so sind dennoch keine Vor-
sorge und Mitarbeiter der Ansicht, daß ein Verbrechen an dem
Mann begangen wurde, derselbe ein durchaus pflichttreuer und zu-
verlässiger Mann gewesen und ihm der Diebstahl nicht zuzutrauen
ist. (Weshalb bringt man ihn denn mit dem Diebstahl in Verbin-
dung?) — Chariteerath für den seitens eines gewissen Theils
des Publikums in der Charitee beliebten Verkehr ist der fol-
gende Fall: Am 4. d. erschien vor dem Aufnahmebeamten ein
Herr und begehrte einen Wäcker zu sprechen. Man sagte ihm,
daß dies nach der Hausordnung nur in den Besuchsstunden
zulässig sei. Der vergebliche Gang brachte den Herrn so in
Aufregung, daß er in die Worte ausbrach: „Nun, das werde
ich Ihnen antreiben, ich werde Sie in die Zeitung bringen,
als Gegenstück zu der bekannten Geschichte!“ Zu bemerken ist,
daß der vielbeschäftigte Beamte in ruhiger Weise dem aller-
ding nach Schnaps dunstenden Herrn Bescheid gegeben hatte.
(Der Zweck dieser Notiz ist zu deutlich.)

Ueber den Geschäftsbetrieb eines „Pommerschen
Fleischwaarenhändlers“ hier macht die „Allgem. Fleischer-
Zeitung“ in einer Extrablatt folgende interessante Enthül-
lung: Seit langer Zeit hatte man den Pommerschen Fleischer-
waaren-Händler Hope, Köpnickstr. 98 a (im Keller), im
Verdacht, daß er Pferdefleisch verwerthe. Einige Sachverständige
hatten sich in Folge dessen mit der Kriminalpolizei in Ver-
bindung gesetzt, welche Hope seit ca. 15 Tagen unausgesetzt
beobachtete. Am Dienstag Abend noch kurz vor 6 Uhr fuhr
der Hofschlächter Friedrich vor dem Hause Köpnick-
straße 94 vor und brachte dem vier Häuser davon wohnenden
Hope ein Quantum frisches Pferdefleisch. Nachdem sich Friedrich
entfernt hatte, trat ein Thierarzt, begleitet von einem Krimi-
nal-Schupmann, in den Keller Hope's, welcher, zur Rede ge-
setzt, anfangs leugnete, die erwähnte Sendung empfangen
zu haben. Nachdem Hope aber gedroht wurde, eine Haus-
suchung vorzunehmen, beugnete er sich, das Fleisch, welches im
Bett verborgen, herauszugeben. Es waren 60 Pfund. Er
stand jetzt unumwunden ein, daß er seit Weihnachten Pferde-
fleisch bestelle und verwerthe, die Wurst theils im Laden, theils
an Restaurateurs und Budiker abgibt. — Von den vorräthigen
Schlachtküsten bezeichnet er 168 Stück, welche aus Pferde-
fleisch bestehen. Das Fleisch sowohl, wie auch die 168 Stück
Häufte wurden beschlagnahmt, und der Staatsanwaltschaft
Anzeige erstattet. Bemerkenswerth ist noch, daß Hope, obgleich
gelernter Schlosser, ein Schild an seinem Hause angebracht mit
der Aufschrift: „Pommersche Fleischwaaren-Handlung. Rind-
und Schweine-Schlächterei.“

Der durch den Sturz in den Nordhafen mit seinem
Gesähr verunglückte Drochsenkutscher Statius, der bekanntlich
bestimmungslos nach der Charitee gebracht worden ist, ist von
dort, wie das „B. L.“ mittheilt, auf seinen Wunsch nach seiner
Wohnung entlassen worden, wo er sich noch in ärztlicher Be-

burg vorlegen. Man wird untersuchen, welchen Zusammen-
hang es mit diesen Quittungen hat, und findet mein Better
Rodenburg, daß sie werthlos sind, so sollen Sie sie er-
halten, obwohl ich nicht einsehe, welchen Werth für Sie
zwei Quittungen haben, in welchen Charlotte bekennet, vier-
hundert Thaler Wirtschaftsgeld von Lucie Rodenburg er-
halten zu haben.“

„Sie wollen Herrn Rodenburg diese Quittungen
zeigen?“

„Gewiß werde ich das, da ich ja augenblicklich noch
nicht eingeweiht bin in die Verhältnisse, um selbst beur-
theilen zu können, ob sie Werth haben oder nicht. — Er-
lauben Sie, ich gehe sogleich zu meinem Better, damit Ihre
Abreise nicht verzögert wird. In einigen Minuten sollen
sie Bescheid haben.“

„Auch das noch!“ rief Emmy, die Hände ringend,
als Cordelia sich entfernte. „Auch das noch! Meine
Waffe gegen Charlotte meinen Händen entwunden, der
ganze Betrug entdekt. . . O, Onkel Anders, was hast
Du aus mir gemacht! In welchen Abgrund hast Du uns
Alle gestürzt!“

Sie wartete Cordelia's Rückkehr nicht ab. Ueber den
Korridor flog sie und stieg in den Wagen, der bereits auf
der Rampe hielt, um sie aufzunehmen und wandte dem
Schlosse Rodenburg für immer den Rücken.

Fünfunddreißigstes Kapitel.

Der Sommer hatte bereits sein Ende erreicht. Die
Blätter fingen an sich purpurn zu färben und die Prome-
naden des Thiergartens zu bedecken. Die Residenz legte
das Herbstgewand an.

Wenn aber auf den Straßen und auf den Prome-
naden das bunte Pflanzentum allmählich aufhört, so herrscht im
Innern der Häuser ein außerordentlich reges Leben, von
dem man freilich auf den Straßen nichts sah.

Wie in einer gewaltigen Maschine war in Berlin
Alles in Bewegung. In entlegenen, oft dunklen unansehnlichen
Räumen, da war die treibende Kraft, welche die Bewegung
gleich einem Pulschlage bis in die fernsten Gegenden der
Residenz trieb. Es war die Zeit der Wahlen vor der Thür.

Die Parteien begannen, sich in kleineren Abtheilungen
zu gruppieren, Beratungen zu pflegen, Kandidaten aufzu-
stellen, zu debattieren, die Mittel zu Agitationen zu schaffen,

handlung befindet. Die ursprüngliche Vermuthung, daß Statius
während der Heimfahrt in der Seilerstraße auf dem Bod ein-
geschlafen sei und das hierdurch sich selbst überlassene Pferd
den Weg verfehlt und das Unglück dadurch herbeigeführt habe,
ist nicht zutreffend. Nach der Versicherung des durchaus Ver-
trauen erweckenden Mannes ist die Katastrophe vielmehr durch
einen im rasenden Lauf hinter seinem Gesähr einherstehenden
Arbeitswagen herbeigeführt worden. Durch den Vorn — so
erzählte der Mann weiter — wurde mein sonst
so zuverlässiges Pferd scheu, wich auf die Seite
und rannte blindlings mit mir in den Nordhafen hinein.
Bei dem Sturz flog ich vom Bod kopfüber ins Wasser.
Als ich den ersten Schreck überwunden hatte und wieder auf-
getaucht war, arbeitete ich mich schwimmend der Droschke zu,
die sammt dem Pferd noch halb aus dem Wasser ragte. Zwar
zog mich der schwere Mantel gewaltig hinunter, aber zum Glück
trug ich die hohen schweren Droschlenkutscherschuhe nicht, die sich
unfehlbar mit Wasser gefüllt und mich hinabgezogen hätten.
Ich kletterte auf den Bod und versuchte das Pferd im Bogen
herumzuwenden, um das Gesähr floti zu erhalten. Das miß-
glückte jedoch, der Wagen sank und zog auch das Pferd hinab.
Ich rief um Hilfe, so laut ich konnte. Niemand kam und bald
ging mir das Wasser bis ans Kinn. Das Pferd arbeitete sich
ab, um loszukommen und zog uns nur noch tiefer hinein. Ich
war unfähig, mich zu befreien und glaubte mein letztes Stünd-
lein gekommen. Allein Hilfe war nahe. Ein Kahn stieg von
einem der dort liegenden Schiffe ab und näherte sich eilig.
Eine Frau hatte mein Ruf gehört und die Schiffer alarmirt.
Es war die höchste Zeit. Ich konnte nur noch rufen:
„Rettet mein armes, braues Pferd!“ Dann ver-
lor ich die Besinnung. Als ich erwachte, lag ich geteilt in
der Charitee — es war am Nachmittag des folgenden Tages;
so lange hatte ich bewußlos gelegen. — Ich ging nachher hin,
um den brauen Leuten, die mich gerettet haben, einen Thaler
zu geben, aber sie wollten kein Geld von mir nehmen. Ich
hatte mir den Thaler auch selbst erst geborgt, denn die Tages-
einnahme von 13 Mark 20 Pfennigen, die ich in der unges-
chnallten Vedertafel trug, ist fort. Ob die Tafel noch im
Wasser liegt, weiß ich nicht. Meine Kleider habe ich auch nicht
wiederbekommen, obwohl ich schon mehrmals danach in der
Charitee geseen. Meinen Mantel haben sie mir wiedergegibt,
aber er hat beim Trocknen arge Löcher bekommen. — So weit
der Mann, der noch sehr elend und leidend aussieht. Doch
gibt der Arzt die beste Aussicht auf seine Herstellung. Freilich,
sein Geschäft ist vorläufig ruiniert. Das Pferd ertrunken,
die Droschke zertümmert! Wie schon erwähnt, hat der Mann
sechs unmündige Kinder!

a. In recht gemeingefährlicher Weise hat ein „Arbeiter“
Schulz die Mißthätigkeit seiner Mitmenschen gemißbraucht.
Seit mehr als einem Jahre betrieb Schulz das höhere Bettler-
gewerbe mit einem ganz hervortragenden Raffinement und hat
sich Summen in so hohen Beträgen dadurch erschwindelt, daß
er bei einer ungehinderten Fortsetzung seines Geschäftes während
nur noch weniger Jahre sich ein Kapital erworben hätte, von
dessen Zinsen er bequem bis zu seinem Lebensende hätte leben
können. Schulz gab sich als Unteroffizier und Militär-Invalide
aus, und erzählte, daß er während des deutsch-französischen
Krieges im Jahre 1870/71 sein linkes Bein in einer Schlacht
verloren habe. Er habe eine alte Mutter, Frau und Kinder
zu ernähren, aber es fehlten ihm die Mittel zur Bestreitung
der nothwendigsten Bedürfnisse, und eine Militärpension be-
ziehe er leider nicht. Diese mitleiderregenden Thatsachen
theilte er in den an Verloren der höheren und
gut situirten Stände gerichteten Bettelbriefen mit,
und er berief sich für die Richtigkeit seiner An-
gaben auf blasse hochgestellte Gelehrte, Militärs und
Bürokraten. Auch veröffentlichte er in dießigen und Pro-
vinzialzeitungen fortgesetzt Annoncen, in welchen die Noth des
invaliden Unteroffiziers Schulz und seiner Familie in rührender
Weise geschildert und zur Senkung von Gaben an Schulz
aufgefordert wurde. Diese Annoncen waren häufig mit den
Namen von Stadtoffizieren unterzeichnet, welche somit scheinbar
für die Richtigkeit der über Schulz in den Annoncen gemachten
Angaben eintraten. Der Erfolg dieser Wander war ein pro-
phätischer. Von allen Seiten strömten kleine und auch dann und
wann größere Geldbeträge zu Schulz, und das Geschäft hätte
auch einen ungehinderten weiteren Fortgang genommen, wenn
nicht ein Staatsoffizier, dessen Namen zu einer Annonce von
Schulz gebraucht worden und auch ein hoher Gelehrter, welchen
er fast stets als Referenz bezeichnete, die Aufmerksamkeit
der Kriminalpolizei auf ihn gelenkt hätten. Derselbe stellte
nun fest, daß der Schulz niemals Unteroffizier gewesen ist,
daß er ebensovwenig Militär-Invalide ist und daß er über-
haupt nicht den letzten Keleg mitgemacht hat. Sein
linkes Bein mußte ihm in Folge einer Entzündung im Jahre
1875, welche er sich durch einen Fall auf einer Treppe zuge-
zogen hatte, amputirt werden. Schulz, seines Zeichens ein
„Arbeiter“, hat weder Frau noch Kinder und auch seine Mutter,

und was die Männer der Politik Alles sonst erfinden und
betreiben, um die Wahl eines Abgeordneten zu erreichen,
der sich zu ihrer politischen Farbe bekennet. Die Residenz
hat aber nicht allein für ihre eigenen Wahlen zu agitieren,
nein, hier ist der Herzschlag, der den Puls auch durch das
ganze Land treibt. Von der Residenz aus wird an die
Wähler aller Gauen die Parole gegeben. Hier hat die
Agitation ihren Hauptst. Eine solche Wahl ist für Män-
ner, die an der politischen Entwicklung des Vaterlandes
lebhaftes Interesse nehmen, ein außerordentlich aufregendes
Ereigniß. Noch größer aber ist die Aufregung bei denen,
um deren Wahl es sich handelt. In Hangen und Wangen
geht hier ein Wahlkandidat einher. Wird er als der Er-
loren aus der Urne hervorgehen? Wird sein politischer
Gegner den Sieg über ihn davontragen?

Es ist nicht allein das Interesse für die Partei, wel-
cher er angehört, daß ihn Alles daran setzen läßt, um
seine Wahl zu erreichen, es ist ihm beinahe eine Sache per-
sönlicher Ehre, in der Wahl den Sieg davonzutragen über
den politischen Gegner. So ist's in Berlin, so ist's in
allen Wahlkreisen des Vaterlandes. —

Die Zeit der Wahlen war schon seit vielen Jahren
für Herrn von Bredow eine Schreckenszeit, die ihn so
heftig alterirte, daß seine Frau in höchster Besorgniß war,
die Aufregung möchte seiner Gesundheit schaden.

Diese Aufregung hatte sich seiner auch jetzt wieder be-
mächtigt. Er bewohnte, seit er Stolzenburg verkauft hatte,
in der Residenz eine am Thiergarten belegene Villa. Seit-
dem er Stolzenburg verlassen, war ein Jahr vergangen,
ein Jahr, das für Herrn von Bredow eine Kette der ver-
stimmendsten Erinnerungen, von bitteren Erfahrungen und
gewissermaßen von Neue war.

Obwohl der Kaufpreis, welchen er für seine Güter er-
halten hatte, ein enorm hoher war, wie er ihn unter anderen
Umständen gewiß nie erzielt hätte, machte ihm sein plötz-
licher Reichthum doch keine Freude.

Er hatte sich aberumpeln lassen.

Als der Besitzer der größten und reichsten Güter des
Spreewaldes hatte er noch Chancen gehabt, eine politische
Rolle zu spielen.

(Fortsetzung folgt.)

Die neue Baupolizei-Ordnung in dem Stadtverordneten-Ausschuß.

Der von der Stadtverordneten-Versammlung niedergesetzte Ausschuss zur Vorberathung des Entwurfs zur neuen Baupolizei-Ordnung hat unter Vorstz des Stadtverordneten Dr. Stryg seine Aufgabe in sieben Abend-sitzungen inkl. zwei Subkommissions-sitzungen erledigt und dabei zum Theil sehr einschneidende Abänderungen des Entwurfs vorgenommen. Der Ausschuss empfiehlt der Versammlung, den Magistrat zu ersuchen, dahin zu wirken, daß die von der Versammlung beschlossenen Aenderungen (des Ausschusses) in dem von dem königlichen Polizei-Präsidentium vorgelegten Entwurf einer neuen Baupolizei-Ordnung zur Geltung kommen, eventualiter dahin zu wirken, daß zunächst eine Enquete-Kommission, bestehend aus Mitgliedern der königlichen Akademie des Bauwesens, des Reichsge-sundheitsamts, des königlichen Polizei-Präsidentiums, des Magistrats und des hie-sigen Architekten-Vereins zur Prüfung und Vorberathung einer neuen Baupolizei-Ordnung niedergesetzt werde. Wir wollen hier nur die wesentlichsten Ab-änderungen anführen, welche der Ausschuss für nothwendig macht.

Der § 2, wohl der wichtigste der ganzen Bauordnung („Zulässige Bebauung der Grundstücke. Hofraum“), hat in dem Ausschuss folgende Fassung erhalten: „Bis zur Tiefe von 60 Meter von der Bauflucht und senkrecht zu derselben gemessen, dürfen bisher nicht bebaut Grundstücke höchstens bis auf drei Viertel, und bereits bebaut gewesene Grundstücke bis auf vier Fünftel ihrer Grundfläche bebaut, bezw. wieder bebaut werden, während das letzte Viertel, bezw. Fünftel als Hof oder Garten unbebaut liegen bleibt. Ueber die Tiefe von 60 Meter von der Bauflucht und senkrecht zu derselben gemessen, darf das Grundstück nur bis zu zwei Drittel seine Grundfläche bebaut werden. Das zu errichtende Gebäude muß — soweit nicht besondere Zwecke Ausnahmen bedingen — auf höchstens 18 Meter durch einen freien, auch nicht in den Stodwerken durch Vorbauten, Umgänge, Gallerien u. dergl. beschränkten Hofraum unterbrochen werden, welcher a. bei bereits bebauten bezw. bebaut gewesenen Grundstücken mit einer Gesamtgrundfläche bis 300 Qmtr. mindestens 40 Qmtr., von 300—450 Qmtr. mindestens 50 Qmtr., von 450—600 Qmtr. mindestens 60 Qmtr., Größe mit einer kleinsten Abmessung von 5 Mtr., b. bei bisher nicht bebauten Grundstücken mit einer Gesamtgrundfläche bis 300 Qmtr. mindestens 50 Qmtr., von 300 bis 450 Qmtr. mindestens 60 Qmtr., von 450—600 Qmtr. mindestens 70 Qmtr. Größe mit einer kleinsten Abmessung von 6 Mtr. betragen muß. Bei Berechnung der Hofgröße bezw. des Viertels oder Fünftels werden Gesimsvorsprünge nur bis zu einer Ausladung von 30 Cmt. vorberück-sichtigt. Desgleichen bleibt das vor der Bauflucht belegene Vorgartenterrain, sowie das hinter derselben belegene Zufahrtsterrain bei Ermittlung der Hofgröße außer Berechnung. Wird durch Anordnung von einem oder mehreren Höfen das unbebaute zu lösende Viertel oder Fünftel der Gesamtfläche des Grundstücks nicht erreicht, so ist entweder jener Hof, bezw. jene Höfe entsprechend zu vergrößern oder weitere Höfe von der vorgedachten Art anzulegen. Für bereits bebaut Grundstücke von weniger als 240 Qmtr. Grundfläche kann im Falle der Neubebauung ausnahmsweise eine entsprechend geringere Hofgröße zugelassen werden. Jedoch darf ein schon vorhandener Hofraum niemals unter das oben angegebene Maß von 40 Qmtr. verkleinert werden, das sind Ausnahmen für Grundstücke nicht zulässig, welche nach dem Inkrafttreten dieser Bauordnung bis auf den oben angegebenen Flächeninhalt verkleinert worden sind, ohne daß letzteres im Wege der Enteignung geschehen ist. Auf bereits bebaut gewesenen Grundstücken ist für den vorberstehen Hof eine Ermäßigung bis auf 32 Qmtr. bei einer kleinsten Abmessung von 5,5 Mtr. zulässig, während bei bisher nicht bebauten Grundstücken diese Ermäßigung nur bis auf 40 Qmtr. bei einer geringsten Abmessung von 6 Mtr. zulässig ist. Ein schon vorhandener Hof darf jedoch nicht unter das Maß von 40 Qmtr. Fläche verkleinert werden. Die Fronten aller Hintergebäude und Seitenflügel sowie die mit Fenstern versehenen Rückseiten der Vordergebäude müssen an einem, den bestehenden Bestimmungen entsprechenden Hofraum oder Garten liegen. Ausgenommen von dieser Bestimmung sind diejenigen Fronten, welche über die Dächer der niedrigen Gebäude hinaustragen. Bis zur zulässigen Maximalhöhe können Fenster in solchen Fronten angelegt werden, die durch Zurücktreten hinter die Front oder über Gebäudetheile errichtet werden.“

Dem § 3. („Höhe der Gebäude“) hat der Ausschuss folgende Gestalt gegeben: „In Fronten dürfen Gebäude stets 12 Meter hoch, aber nicht höher als 24 Meter errichtet werden. Innerhalb dieser Grenzen gelten folgende Bestimmungen: a. Vordergebäude an Straßen dürfen so hoch sein, als die Straße zwischen den Baufluchten breit ist. Bei 12 Meter breiten Straßen ist die Ausladung des Dach- bezw. des Hauptgesimses nur bis zu 60 Cmt. zu-lässig. Bei breiteren Straßen ist für jede 3 Mtr. Mehr-breite eine um 15 Cmt. größere Ausladung zulässig. Darüber hinaus wird das Uebermaß bei der Ermittlung der zulässigen Höhe in Abzug gebracht. In Ermangelung einer gegenüberliegenden Bauflucht darf die Höhe dieser Gebäude bis zu 24 Mtr. betragen. Ist die Straßenbreite ungleich oder liegt ein Gebäude an mehreren Straßen, so wird nach der Höhe, welche jedem einzelnen Gebäudetheile zuläufig und nach Maßgabe der Längenausdehnung der einzelnen Gebäudetheile ein mittleres Höhenmaß für das ganze Gebäude festgestellt. Für Vordergebäude, welche ganz oder mit einzelnen Theilen hinter der Bauflucht zu-rückbleiben, kann ein entsprechend gesteigertes Höhen-maß zugelassen werden. Die Hinterfront der Vordergebäude darf eine Höhe erreichen, welche gleich der

Länge des vor ihr liegenden Hofes ist; sie darf unter allen Umständen aber eben so hoch sein, wie die Vorder-front. — Bis zu einer Länge von 10 Meter von der Hinterfront des Vordergebäudes ab gemessen, werden Seiten-flügel als zum Vordergebäude gehörig betrachtet und dürfen demgemäß die Höhe desselben erhalten. b. Hintergebäude und Seitenflügel dürfen in der Höhe die Ausdehnung der geringsten Dimensionen des vorliegenden Hofraumes um nicht mehr als 8 Meter übersteigen. Ist der Hofraum un-gleich gestaltet, so tritt Durchschnittsberechnung ein. Findet der Hofraum unmittelbare Fortsetzung auf einem Nachbar-terrain, dessen Nichtbebauung durch eine grundbuch-liche Eintragung dauernd und sicher gestellt worden, so ist dieses Nachbarterrain bei Feststellung der für Hinter- und Seitengebäude zulässigen Höhe dem Hofraum zu-zurechnen. Ist dieser Hofraum ungleich gestaltet, so tritt Durch-schnittsberechnung ein. Baulichkeiten, welche bis zur obersten Dachkante die Höhe von 5 Mtr. nicht übersteigen und eine Grundfläche von nicht mehr als 40 Qmtr. haben, bleiben bei der Berechnung der zulässigen Höhe der Fronten der Hintergebäude und Seitenflügel, nicht aber bei Feststellung der auf jedem Grundstück unbebaut zu lassenden Fläche außer Betracht. In Fällen, wo die Bestimmung ad a. und b. verschiedene Höhen ergeben, können die für die einzelnen Gebäudetheile zulässigen Höhenmaße zu einem Durch-schnittsmaße gemittelt werden.“ Die übrigen Abschnitte dieses Paragraphen bleiben fast unverändert.

§ 34 des Entwurfs („Bauarbeiten“) ist dahin ab-geändert worden: „Bei Ertheilung des Rohbauabnahme-scheines wird gleichzeitig jedes mal durch die Rohbau-abnahme-Kommission der Zeitpunkt bestimmt, an welchem mit den innern und äußern Bauarbeiten begonnen werden darf. Gebäude, welche ganz oder theilweise die Bestimmung haben, zu dauerndem Aufenthalte von Menschen zu dienen, sollen keinesfalls früher als 6 Wochen nach vollständiger Eindeckung der Dächer gepußt werden.“

§ 40 hat in Alinea 3 folgende Form erhalten: „Bei Umbauten, welche eine erhebliche Veränderung der Grund-form, bezw. der Etagenhöhe bezwecken, bleibt vorbehalten, die baupolizeiliche Genehmigung davon abhängig zu machen, daß diejenigen Gebäudetheile, welche durch den Umbau be-traffen werden, soweit sie den Vorschriften dieser Baupolizei-ordnung widersprechen, mit denselben in Uebereinstimmung gebracht werden.“

Schließlich ist noch § 42 zu erwähnen, welcher nach dem Entwurfe lautet: „Ausnahmen von den Bestimmungen dieser Baupolizeiordnung können, so weit sie im Vorstehen-den vorgesehen sind, von der Baupolizei-Behörde zugelassen werden.“ Der Ausschuss schlägt vor: statt „von der Bau-polizei-Behörde“ zu sagen: „von dem königl. Polizei-Prä-sidium in Gemeinschaft mit dem Magistrat.“

(Voss. Stg.)

Politische Uebersicht.

Der Gesetzentwurf, betr. die Einführung der Be-rufungsinstanz in Strafsachen lag — wie wir schon im ersten Blatte erwähnt haben — dem Bundes-rath in seiner letzten Sitzung vor und wurde von diesem Ausschusse überwiesen. Der Entwurf umfaßt 7 Artikel. Artikel I ordnet die Abänderung des Gerichtsverfassungsgesetzes für 10 Para-graphen an. Danach hat zu lauten:

§ 59. Bei den Landgerichten werden Zivil- und Straf-kammern, sowie Strafberufungskammern ge-bildet.

§ 75. 11) des strafbaren Eigennuges in den Fällen der §§ 288, 289, 291 und 298 des Strafgesetzbuches.

§ 76. Die Strafkammern sind als erkennende Gerichte, ferner zuständig für die Verhandlung und Entscheidung über das Rechtsmittel der Berufung gegen die Urtheile der Schöffengerichte: 1) wenn lediglich Uebertretungen Gegenstand der Entscheidung in der Berufungsinstanz sind; 2) in Privatklagen-sachen, sofern nicht die Staatsanwaltschaft die Verfolgung über-nommen hat.

§ 77. Die Zivilkammern und die Strafkammern ent-scheiden in der Befehung von drei Mitgliedern mit Ein-schluss des Vorsitzenden, die Strafberufungskammern in der Befehung von fünf Richtern mit Einschluss des Vor-sitzenden.

§ 123. 3) Der Revisions gegen Urtheile der Straf-berufungskammern, wenn a. das Urtheil erster Instanz von dem Schöffengericht erlassen ist; b. das Urtheil erster Instanz von der Strafkammer erlassen ist, die Revision aber ausschließlich auf die Verletzung einer in den Landesgesetzen enthaltenen Rechtsnorm gestützt wird; 5) der Beschwerde gegen strafrichter-liche Entscheidungen erster Instanz, soweit nicht die Zuständig-keit der Strafkammern begründet ist, gegen Entscheidungen der Strafkammern in der Beschwerdeinstanz und in der Berufungs-instanz, sowie gegen Entscheidungen der Strafberufungs-kammern.

§ 136. 2) für die Verhandlung und Entscheidung über das Rechtsmittel der Revision gegen Urtheile der Straf-berufungskammern, soweit nicht die Zuständigkeit des Ober-landesgerichts begründet ist, und gegen Urtheile der Schwur-gerichte.

Artikel II ordnet hinter dem § 76 der Gerichtsverfassungs-gesetzes folgenden § 76a einzuschalten an:

§ 76a. Die Strafberufungskammern sind zu-ständig für die Verhandlung und Entscheidung über das Rechtsmittel der Berufung 1) gegen die Urtheile der Straf-kammern in erster Instanz; 2) gegen die Urtheile der Schöffengerichte, soweit nicht die Zuständigkeit der Strafkammern begründet ist.“

Artikel III. ändert 22 Paragraphen der Strafprozeß-Ordnung ab und zwar u. A.:

§ 60. Die Beerdigung des Zeugen erfolgt nach dem Ablauf seiner Vernehmung. In Gebieten jedoch, in denen vor dem 1. Oktober 1879 die Beerdigung der Zeugen vor der Vernehmung zu erfolgen hatte, kann es bei diesem Verfahren auch ferner sein Bewenden behalten. Der Richter darf eine Mehrzahl von Zeugen gleichzeitig be-erdigen.

§ 65. Die Beerdigung erfolgt bei der ersten Ver-nehmung des Zeugen. Im Vorverfahren kann die Be-erdigung unterbleiben, wenn Bedenken gegen die Befähigung obwalten oder wenn es nach der übereinstimmenden An-sicht des Richters und der Staatsanwaltschaft für den Zweck des Vorverfahrens der Beerdigung nicht bedarf.

§ 66. Wird ein eidlich vernommener Zeuge in derselben Strafsache nochmals vernommen, so kann der Richter, statt der nochmaligen Beerdigung, den Zeugen die Richtigkeit seiner Aussage unter Berufung auf den geleisteten Eid ver-sichern lassen.

§ 126. Der gemäß § 125 erlassene Haftbefehl ist aufzuheben, wenn nicht binnen sechs Wochen nach Vollstreckung desselben die erfolgte Erhebung der öffentlichen Klage zur Kennt-nis des Amtrichters gelangt. Bei Uebertretungen, mit Aus-nahme der in § 361 Nr. 3 und 4 des Strafgesetzbuches vorge-sehene, beträgt die Frist zwei Wochen.“

Die Einführungsstermine sind überall offen gelassen. In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß der Ruf nach einer Reform der Strafprozeßordnung und namentlich nach Einführung der Berufung gegen Urtheile der Strafkam-meren derartig stark geworden sei, daß sich die Regierung zu einer Reform entschlossen habe.

Frankreich.

Mehrere Deputirte haben zu dem der Kammer vor-liegenden Rekrutierungsgesetze ein Amendement ein-gebracht, nach welchem alle in Frankreich geborenen Söhne von Ausländern, deren Väter im Augenblick ihrer Ge-burt schon seit mindestens drei Jahren ihren Wohnsitz in Frankreich aufgeschlagen hatten, als französische Bürger betrachtet werden und bei ihrer Volljährigkeit der Militärpflicht im französischen Heere genügen sollen. Dieses Amendement wird in der Presse lebhaft besprochen. — Die Deputirten-tammer beendete die Budgetberathung; die Wieder-herstellung der bei der ersten Berathung von der Kammer ge-strichenen, vom Senate aber wieder in das Budget eingestellten Posten wurde abgelehnt, nur die zur Unterstützung der Pferde-rennen geforderte Staatsposition wurde nachträglich bewilligt. Das hiernach abgeänderte Budget ist dem Senate sofort zu-gegangen. Die Kammer verlagte sich bis heute. Der Senat hält seine nächste Sitzung am Montag ab.

Amerika.

Nach vorliegenden Telegrammen aus La Libertad in San Salvador ist die Proklamation des Präsidenten Barrios zur Herbeiführung einer einzigen, aus den Staaten von Central-Amerika bestehenden Republik von Honduras beifällig auf-genommen, von San Salvador, Nicaragua und Costa Rica ver-worfen worden. Die Truppen von Guatemala hätten sofort gegen San Salvador vorzugehen begonnen; die Bevölkerung von San Salvador habe sich in Masse erhoben, um Wider-stand zu leisten; darauf habe Guatemala die Feindseligkeiten eingestellt. Barrios habe vorgeschlagen, nach San Salvador zwei Bevollmächtigte zur Verhandlung der Frage zu senden. Inzwischen habe der Präsident von Mexiko telegraphisch erklärt, er hoffe, daß angeht die gegen das Projekt von Barrios ge-richteten Politik Mexicos, sowie bei der friedlichen Stimmung des Präsidenten von San Salvador, Jaldivar's, Feindselig-keiten verhindert würden, und Barrios überhaupt von der Aus-führung seines Planes absehen werde.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

66. Sitzung vom 13. März, Nachmittags 1 Uhr. Am Tische des Bundesraths Fürst v. Bismarck, v. Boetticher, v. Buillamer, Stephan, Bersmann u. A. in der Hofloge Prinz und Prinzessin Wil-helm.

Eingegangen ist ein Gesetzentwurf, betreffend den Schuß des zur Anfertigung von Reichskassenscheinen verwendeten Pa-piers gegen unbefugte Nachahmung.

Nachdem das Haus sich gestern über die Modalitäten der Ausführung des zu subventionirenden Postdampfschiffs-Unter-nemens schlüssig gemacht hat, wendet es sich heute dem § 1 der Regierungsvorlage und damit der Entscheidung über die Hauptsache, die Linien, die eingerichtet werden sollen, zu. Von mehreren Seiten wird beantragt, diesen § 1 zu amen-diren.

1. Graf Behr, Hammacher und von Heildorff fassen ihn so: „Der Reichskanzler wird ermächtigt, die Ein-richtung und Unterhaltung von regelmäßigen Postdampfschiffs-verbindungen zwischen Deutschland einerseits und Ostasien so-wie Australien und Afrika andererseits auf eine Dauer bis zu fünfzehn Jahren an geeignete deutsche Unternehmer auf dem Wege der engeren Submission einzeln oder zusammen zu übertragen und in den hierüber abzu-schließenden Verträgen Beihilfen bis zum Höchstbetrage von jährlich fünf Millionen vierhunderttausend Mark aus Reichs-mitteln zu bewilligen.“

(Die gesperrten Worte fehlen in der Regierungsvorlage, aber auch die übrigen Antragsteller, Centrum und Sozialdemo-kraten wollen sie in dieselbe aufnehmen lassen.)

2. Die Sozialdemokraten Diez und Genossen wollen nur zwei Linien, nach Ostasien und dem Festlande von Australien mit einer Subvention von 3750000 Mark be-willigen.

3. Das Centrum (Kintelen und Genossen) will nur eine Linie, die nach Ostasien, mit einer Subvention von 1700000 M. bewilligen.

4. Abg. Richter will die Linie nach Australien nicht be-willigen und die Subvention auf 1700000 M. beschränken. Den sozialdemokratischen Antrag will Abg. Reiel dahin abändern, daß die zweite Linie nicht bloß mit dem Festlande von Australien, sondern auch mit den Inseln eine regelmäßige Verbindung herstellen soll, und zu dem Zwecke die Subvention um 1/2 Million, auf 4 Millionen Mark erhöhen.

Außerdem beantragt Kintelen (das Centrum) folgenden § 1a. einzuschalten: „Der Reichskanzler wird ferner ermächtigt, zum Anschluß an die Hauptlinie (§ 1) die Einrichtung und Unterhaltung einer Zweiglinie von Trieste über Brindisi nach Alexandrien auf eine Dauer bis zu fünfzehn Jahren an geeignete deutsche Unternehmer auf dem Wege der engeren Sub-mission zu übertragen und in den hierüber abzuschließenden Verträgen eine Beihilfe bis zum Höchstbetrage von jährlich 200000 M. aus Reichsmitteln zu bewilligen.“

Abg. v. Heildorff (Konservativ) (saum verständlich): Auch ich war anfangs von dem Gesetze nicht frei, daß wir vielleicht Gefahr laufen, aus patriotischer Begeisterung etwas nicht genügend Erwogenes zu beschließen. Nach reiflicher Erwägung bin ich aber fest überzeugt, daß die geforderte Staats-Subvention eine nothwendige ist. Hätten Sie bereits die erste Dampfervorlage angenommen, so würden wir unsere Stellung in der Südsee wahrscheinlich mit viel leichterem Munde hier behaupten können, als es jetzt der Fall ist. Die afrikanische Linie ist die gefährdetste, sie ist aber gerade für unsere Kolonialpolitik am nothwendigsten. Eine Rentabilitätsberechnung kann man für diese Linie allerdings noch nicht vorlegen, da wir auch noch gar nicht wissen, wie

Unzulässigkeit dieser Beifallsbezeugungen aufmerksam und er-
läutert, im Wiederholungsfall die Tribünen räumen zu lassen.

Abg. Graf v. B. (saum verständlich, so daß während
des ersten Theils der Rede einer der amtlichen Stenographen
unmittelbar neben dem Redner Platz nehmen muß) bittet, die
Angelegenheit nicht vom Fraktionsstandpunkt zu behandeln.
Für die afrikanische Linie liegt das Bedürfnis nicht so klar
zu Tage, wie für die anderen Linien. Aber dieselbe ist
wünschenswerth mit Rücksicht auf die großen Kolonialgebiete,
die jetzt bereits in Afrika erworben sind. Redner ersucht aus
diesem Grunde das Haus, dem Antrage seiner und der na-
tionalliberalen Partei zuzustimmen.

(Während dieser Rede verläßt der Reichskanzler das
Haus.)

Abg. Windthorst: Durch das Eingreifen des Reichs-
kanzlers in die Debatte hat die Diskussion eine unerwartete
Wendung genommen. Wir sind weit abgekommen von dem
Gegenstande, der beschäftigt, hinaus auf das Gebiet der
hohen Politik der Vergangenheit, der Gegenwart und der
Zukunft. Ich fange zunächst mit den sachlichen Bemerkungen
des Reichskanzlers an. Es ist mir klar geworden, daß im
Reichstage eine große Majorität vorhanden ist, welche einen
Versuch mit den subventionirten Dampferlinien machen will.
Was mich und meine Partei betrifft, so sind wir bereit, für
die ostasiatische Linie einzutreten. Daß diese Linie durchge-
führt wird, steht fest. Was nachher in der Rede des Reichs-
kanzlers folgte, war die Erklärung, daß er eine solche erhebliche
Abzugszahlung — und diese Linie ist in der That von den
geforderten die wichtigste — zu akzeptiren bereit sei und nicht
die Kabinetsfrage stellen würde, wenn nicht alle Linien be-
willigt würden. Das ist eine Politik, die sich zuerst auf einen
kleinen Versuch beschränkt, um, wenn derselbe gelingt, das
Tempo zu beschleunigen. Ich habe wiederholt gesagt, daß es
keinen einzigen Deutschen gebe, weder hier noch draußen, der
nicht wünschte, daß sein Vaterland auch über dem Meere ge-
achtet und für dasselbe Gelegenheit zu nutzbringender Arbeit
geschaffen werde. Es wäre ein Unsin, das nicht zu wollen,
die Frage ist nur, ob eine solche Aufgabe nicht unsere Kräfte
übersteigt, und ob das Tempo, das uns jetzt vorgeschlagen
wird, nicht zu rasch ist, wenn wir die übrigen Erdtheile,
deren Erfüllung uns obliegt, nicht vernachlässigen wollen. Für
mich erhebt sich da die Frage, hat unsere Nation die Mann-
schaften und das Geld, welches erforderlich ist zur Verteidigung
auch überseeischer Interessen? Für uns, die wir inmitten
neidischer Nationen leben, bleibt die wichtigste Aufgabe doch
die, daß wir unsere Stellung hier in Deutschland unter allen
Umständen aufrecht erhalten. Daß wir zu diesem Zweck lange
Zeit noch unter Waffen stehen müssen, hat uns die wichtigste
Autorität für diese Frage, der Feldmarschall Graf von Moltke,
wiederholt erklärt. Nun frage ich mich, wenn wir diese Rüstung
tragen müssen, haben wir dann noch Geld und Mannschaften
für die Kolonien, die uns in Verwicklungen führen können,
die nicht gering zu veranschlagen sind? (Widerspruch rechts.)
Als ich früher darauf hinwies, hat der Herr Reichskanzler mir
gegenüber hervorgehoben, wie friedlich unsere Beziehungen
namentlich zu England seien, und heute steht alles in hellen
Flammen. (Lebhafter Widerspruch rechts.) Sie können mit
ihren Rufen die Sache nur bestreiten, aber nicht befeitigen.
(Unruhe rechts.) Ich fange an zu glauben, daß Sie
mit derartigen Interjektionen den Mangel Ihrer Gründe ver-
decken wollen. Bedenken Sie doch: wo liegen für England
die Schwierigkeiten? In seiner Kolonialpolitik. Was macht
die Kolonialpolitik? Die Kolonien. Da ist doch zu
erkennen, daß die Ziele, wie weit unsere Kolonialpolitik geht,
daß die Zwecke derselben uns noch nicht klar gemacht sind.
Mit dem Schlagwort „Kolonialpolitik“ werden Utopien ver-
breitet, auch hier von diesem Hause aus, die uns ein böses
Erwachen bereiten können. Mein Fraktionsgenosse Rintelen
hat bereits erwähnt, daß eine weiße Kolonialpolitik, die langsam
und mit Bedacht vorwärts schreitet, auch unsere Unterstü-
zung findet. Wir haben die Mehrforderungen für die Flotte be-
willigt, die bereits jetzt in umfassender Weise in Anspruch ge-
nommen ist. Das nächste Budget wird noch weitere Forder-
ungen an uns richten, ich würde dann die Herren daran er-
innern. Wir haben weiter die Gelder für die Saisse des Gou-
verneurs von Kamerun und das Beamtenpersonal in den Kolonien
verneuert, und wenn die Autorität dieser Beamten aufrecht erhalten
werden soll, werden wir auch an eine militärische Macht für
dieselben denken müssen. Man sollte uns dabei nicht vor-
werfen, daß wir nicht Sinn für die Kolonialpolitik und die
Größe der Nation hätten. — Was die Parteien betrifft, über
die der Reichskanzler gellagt hat, so ist er selbst der Schöpfer
dieser Parteien. Er hat große Parteien um sich versammelt
gehört: sie sind durch ihn verbraucht worden, und fallen nun
in Trümmer. (Sehr wahr! im Centrum.) Er hat die eine
gegen die andere aufgestellt. (Sehr wahr!) In Folge dessen
liegen sie jetzt erbittert gegen einander. Wir finden überhaupt
keine feste Vertung der Dinge durch die Regierung mehr, sondern
die Regierung wartet stets, was wir aus unserer Initiative ihr
bringen. So ist es in der Volkfrage, so in den sozialpolitischen
Angelegenheiten geschehen. Der Reichskanzler will in Allem
zu schnell vorwärts gehen. So rasch arbeitet eine große Na-
tion nicht; sie kann nur langsam und allmählich arbeiten. Ich
erinnere den Reichskanzler an sein eigenes Wort, daß es nützlich
sei, auch für kommende Geschlechter noch Arbeit übrig zu lassen.
Der Hauptgrund aller Verwicklungen, weswegen keine Wärme
den Gemüthern ruht: das ist Ihr sogenannter Kulturkampf
(lebhafter Beifall im Centrum; stürmische Heiterkeit rechts und
links). Der Vater des Kulturkampfes ist Fürst Bismarck, und
er allein. (Zustimmung im Centrum.) So lange der Kampf
nicht entschlossen ist, mit fester Hand den Kulturkampf zu be-
enden, so lange werden die Uebel, worüber er heute sagt,
nie nur größer werden. Wir werden ihn dann noch lauter
als heute sagen hören, wie einst den Propheten Jeremias.
(Große Heiterkeit.) Für heute schließe ich mit dem Wunsch,
daß diese Diskussion, die wie ein Gewitter über uns hinweg-
gegangen ist, eine Klärung dahin herbeiführen möge, daß wir
endlich, all dieses Haders quitt, uns herzlich und brüderlich die
Hand reichen; uns überzeugen, daß das Vaterland groß genug
ist, um alle unsere Verschiedenheiten in Politik und Konfession
zu tragen; und daß wir keinen anderen Ehrgeiz haben, als
den, uns wechselseitig zu unterstützen in Nächstenliebe und Got-
tesvertrauen. (Anhaltender, wiederholter Beifall im Centrum.
Unruhe rechts.)

Staatssekretär im Reichspostamt Stephan: Es ist zwar
sehr schwer, aber ich will und muß es wagen, die Diskussion
von dem hohen Fluge zurückzuführen, den sie durch den Abg.
Windthorst genommen hat. Der Herr Reichskanzler hat dem
Reichstage nur eine kleine Wendung gegeben, der Abg.
Windthorst hat ihn durch den ganzen Ocean geschickt und ihn
dabei einen ganz falschen Kurs gesteuert: statt nach Australien
hat er ihn nach Oesterreich, nach Rom geführt. Es handelt
sich gar nicht um den Kulturkampf, sondern um 5,400,000 M.
für 15 Jahre! (Große Heiterkeit.) Mit der Bemerkung des
Herrn Reichskanzlers, er werde auch die Bewilligung der ost-
asiatischen Linie allein annehmen, hat nicht gesagt werden sollen,
daß damit nun die beiden anderen und die Zweiglinien eliminiert
sind; ich möchte der Gefahr des Irrthums sofort vorbeugen,
als ob die verbündeten Regierungen auf diese weniger Werth
legten als auf die erstere. Der Herr Reichskanzler hat aus-
drücklich hinzugesagt, daß für die Ablehnung der einen oder
der anderen Linie diejenigen, die sie ablehnten, vor dem Lande
die Verantwortung tragen würden. (Auf aus dem Centrum:
Sehr leicht!) Wenn Sie sich die Folgen näher klar machen,
wird dieser Zwischenruf doch seine Begründung verlieren, be-
sonders wenn Sie sich vergegenwärtigen, welcher Aufschub in
der Einrichtung dieser Linien durch die Ablehnung entsteht.

Der Herr Staatssekretär geht nun auf die Anstrengungen ein,
welche von den englischen Kolonien gemacht werden, um die
drohende Schädigung abzuwenden, erwähnt die E-richtung
der Linien Kapstadt—Neuseeland, die subventionirte neue
Linie Auckland—Samoa, und bespricht eingehend
die rasche Entwicklung der Export- und Import-
verhältnisse der sieben australischen Kolonien, und
weist den Vorwurf, den Abg. Rintelen gegen die ungenügende
Motivirung der Vorlage in dieser Beziehung gemacht, zurück.
Die Regierung habe sich auch keineswegs ihre Information
bloß bei den Herren Boermann und Meier geholt, sie habe
auch andere Aebder zu Rathe gezogen, und außerdem stände
ihre die genaue Kenntniß der Erfahrungen Englands, Frank-
reichs, Oesterreichs und Italiens, auch Amerikas zur Seite.
Die Unzulänglichkeiten der bestehenden Verbindungen mit Aus-
tralien können nicht bestritten werden.

Abg. Langwerth v. Simmern bleibt auf der Tri-
büne völlig unverständlich.

Um 5 1/2 Uhr wird die weitere Berathung bis Sonn-
abend 1 Uhr vertagt.

Abgeordnetenhause.

40. Sitzung vom 13. März, 10 Uhr.

Am Ministerische von Buttler, Lucius, von Gohler
und Kommissarien.

Eingegangen ist ein Entwurf, betreffend die Dotation der
Amtsverbände in den Hochpösterreichischen Landen.
Die dritte Berathung des Etats wird fort-
gesetzt.

Beim Etat des Ministeriums des Innern zum Kapitel
„Standesämter“ beklagt sich
Abg. v. Jagdzewski über mangelhafte unrichtige
Eintragung polnischer Namen in die Standesregister.

Das Kapitel wird bewilligt.
Beim Kapitel „Landdrostereien“ wünscht
Abg. Windthorst, daß die Regierungspräsidenten von
Osnabrück und Aurich den übrigen gleich gestellt werden.

Das Kapitel wird bewilligt.
Mit dem Kapitel „Landrathskämter“ wird verbunden
der mündliche Bericht der Gemeindeformalcommission über die Peti-
tionen der Gemeindevertretungen von Blankenstein, Buchholz
und Stiepel und der Gemeindevertretung von Eickel um Zer-
legung des Landkreises Bochum in zwei Kreise (Bochum und
Selsenkirchen) statt in drei Kreise, wie im Etatsentwurf vor-
geschlagen.

Dem Vorschlage der Regierung gemäß wird die Drei-
theilung des Kreises Bochum bewilligt. In Bezug auf die
Petition wird der Kommissionsantrag angenommen.

Beim Kapitel 91 „Lokalpolizeiverwaltung in Berlin“
bringt Abg. Langerhans die Vorgänge zur Sprache,
welche sich i. J. an den bekannten Antrag Singer knüpfen,
die Berliner Stadtverordnetenversammlung möge beim Reichs-
und Landtage um Vermehrung der Berliner Abgeordneten pe-
titioniren. Der Oberpräsident habe den Stadtverordnetenvor-
steher angewiesen, den Antrag nicht auf die Tagesordnung zu
setzen; mit welchem Recht das geschehen, sei unverständlich, keine
Bestimmung der Stadtordnung stehe solchem Verbot zur
Seite. Die Berliner Stadtvertretung habe in zahlreichen Fällen
und stets unbeanstandet in Sachen der Verwaltungsgese-
zung, der Jölle, der Wegeordnung, der Kommunalbesteue-
rung petitionirt; die Frage der politischen Vertretung der
Stadt Berlin sei aber ganz besonders eine eklatante Gemeinde-
angelegenheit. Der Chef der Regierung, der Herr Reichskanzler,
habe zahlreiche Gemeindeverordnungen geradezu aufgefordert,
ihm Zustimmungsdressen zu seiner Politik zu senden, gegen eine
Behütigung der Kommunalvertretungen auf politischem Ge-
biet in dieser Richtung habe man also offenbar nichts.
Auch die letzte Adresse des Berliner Kollegiums an den Kaiser
habe die verschiedensten politischen Gesichtspunkte berührt und
sei von der Aufsichtsbehörde nicht beanstandet worden. Da-
gegen lehre die Behandlung, welche dem Stettiner Kollegium
wegen der beabsichtigten Petition gegen die Kornzölle zu Theil
geworden sei, daß die Regierung nur solche Rundgebungen
müßig ansehe, welche gegen ihre Politik gerichtet seien;
das Haus aber habe das größte Interesse, ein bisher unbe-
anstandenes Recht der Kommunalvertretung nicht auf diese
Weise verkümmern zu lassen, der Minister habe die Verpflich-
tung, das von seinen Organen beliebte Verfahren vor der
Landesvertretung zu rechtfertigen.

Minister v. Buttler: Die ganzen Ausführungen
der Redner stehen in gar keinem irgend denkbaren Zu-
sammenhange mit dem zur Debatte gestellten Etatstitel. Ich
lehne es pflichtmäßig ab, hier auf die Frage einzugehen, und
verweise den Herrn Abg. Langerhans lediglich auf den
von mir an die Stadtverordnetenversammlung erlassenen
Bescheid.

Abg. von Egnern bedauert die ablehnende Hal-
tung des Ministers gegenüber einer für alle Städte-
vertretungen gleich bedeutsamen Sache und bittet den Abg.
Langerhans, zu bewirken, daß die Angelegenheit, die in der
Stadtverordnetenversammlung dankenswerthweise angeregt
sei, in generalisirter Form weiter verfolgt werde.

Abg. Hänel: Ich lege auf die Antwort des Ministers
nicht dasselbe Gewicht wie mein Kollege Langerhans; wir leben
eben unter einem Parteidiktum, welches sich in seiner Eigen-
art überall bewährt. Werden Petitionen für die Kornzölle
beabsichtigt, so ist das Recht der Kommunalvertretungen
unbestritten; sollen Petitionen gegen die Kornzölle oder gegen
irgend eine sonstige Maßnahme des Parteidiktums beschlossen
werden, so tritt die Handhabung des Ausschusses in der Weise
ein, wie es die Berliner Stadtvertretung erfahren hat. Das
ist eine Thatsache; zur Konstatirung dieser Thatsache brauchen
wir die Gegenwart des Ministers nicht. (Heiterkeit und Bei-
fall links.)

Das Kapitel wird bewilligt, desgleichen nach unerheblicher
weiterer Debatte der Rest des Etats des Ministeriums des
Innern.

Um 1 1/2 Uhr wird die weitere Statberathung auf Sonn-
abend 10 Uhr vertagt.

Lokales.

g. Die Kochstraße ist bereits wieder dem Verkehr über-
geben worden, nachdem dieselbe mehrere Wochen lang wegen
Anbringung der eisernen Ueberführung über die Kochstraße
für die Anschließbahn abgsperrt war. Die Ueberführung ist
wie jene für die Stadtbahn äußerst solide konstruirt und von
der Eisenbahn „Cyclo“ angebracht. Nach der Neuen
Friedrichstraße zu hat die Ueberführung ein geschmackvolles
eisernes Geländer erhalten, welches bis zur Bruchhöhe reicht.
Die Kaiser Wilhelmstraße zwischen der Mühl- und Neuen
Friedrichstraße ist noch abgsperrt und wird es auch vor-
läufig noch bleiben, da hier die Arbeiten zur eisernen
Ueberführung der Anschließbahn erst vor wenigen Tagen be-
gonnen worden sind.

N. Krieg in Frieden. Einen sehr unglücklichen Verlauf
nahm am gestrigen Tage ein von mehreren Kindern auf dem
freien Felde hinterm Friedhofshain arrangirtes Kriegsspiel.
Einer der Beteiligten, ein jetzt 15jähriger Knabe Namens E.
wurde nämlich von einem großen als Wurfgeschloß benutzten
Stein derart gegen den Kopf getroffen, daß er bewußtlos zur
Erde stürzte. Der Knabe mußte sofort nach seinen in der
Landesbergstraße wohnenden Eltern geschafft werden, wo er
sich in ärztlicher Behandlung befindet.

a. Zu einem Trödler in der Gieschinerstraße kam in der
Mitte des vor. Wts. ein unbekannter junger Mann im Alter
von 18 bis 20 Jahren, welcher einen grauen Sommer-Über-
zieher, einen braungrauen Gehrock und einen rothfarbten

Kindermantel zum Kauf anbot. Der Unbekannte forderte für
sämmliche Sachen, die einen Werth von 16 M. haben, nur
vier Mark und erregte dadurch den Verdacht, daß die Sachen
gestohlen sind. Auf das Verlangen des Trödlers entfernte sich
der Unbekannte, um ein Legitimationspapier zu holen, er kam
aber nicht wieder. Die von ihm zurückgelassenen Sachen befin-
den sich im Kriminalkommissariat, woselbst sie von ihren
Eigenthümern in Empfang genommen werden können.

N. In Nagrant wurde gestern Vormittag auf dem
Wochenmarkt am Alexanderplatz ein Dieb ergriffen, als er
eben im Begriff stand mit einem großen Stück Fleisch, welches
er von einer der dort befindlichen Schlächterbuden entwendet,
das Weite zu suchen. Nach einem Akt persönlicher Lynch-
justiz wurde er einem Schutzmännchen übergeben, welcher seine
Verhaftung veranlaßte.

N. Ein besagener Unfall trug sich gestern Nach-
mittag in einem Papier-Geschäft von J. in der Lindenstraße
zu. Einer der dort angestellten Hausdiener mit Namen G.
war mit andern Arbeitern dabei beschäftigt, Papierballen ab-
zuladen, wobei ihm ein etwa 3 Zentner schweres Kollt derart
auf die Brust fiel, daß er zu Boden geschleudert wurde. G.
erlitt dabei neben einem Rippenbruch auch noch sonstige schwere
innere Verletzungen, die seine sofortige Ueberführung nach dem
Katholischen Krankenhaus nöthig machten.

Gerichts-Zeitung.

Ein beim Dr. Paul Lindow ausgeführter Diebstahl
eines Eintausendmarkscheins beschäftigte heute die erste
Strafkammer dieses Landgerichts I. Herr Dr. Lindow kam
in der Nacht zum 16. Dezember pr. aus dem Klub in seine
von der Heydstraße 1 belegene Wohnung nach Hause. Da
seine Gattin um Geld zu Weihnachtseinkäufen gesehen, nahm
er aus einer Kaffette einen Tausend- und einen Hundert-
markschein heraus, legte es in sein Portefeuille und ließ das-
selbe nachher auf dem Tische liegen. Am Morgen des 16. er-
innerte er sich, daß das Portefeuille mit seinem werthvollen
Inhalt habe liegen lassen; er ließ dasselbe daher von seinem
Hausmädchen an sein Bett bringen, entnahm daraus den Hund-
hundertmarkschein und übersandte ihn seiner Gattin. Hierbei will
er sich aus dem Hervortreten von dem Vorhandensein des Tausend-
markscheins noch überzeugt haben. Am Spätmittag erschien sein
Stenograph und Privatsekretär Johann Ludwig Hagenow,
dem er den Schluß eines Zeitungsartikels und mehrere
Korrespondenzen diktirte, die der Letztere alsdann in seinem
Arbeitszimmer zu übertragen hatte. Ein Schreiben war an
den Kaufmann Rodet in Wien gerichtet, dem 50 Gulden ge-
sandt und bei dem eine Anzahl Gegenstände zu Weihnacht-
präsidenten bestellt wurden. Diese 50 Gulden hat er Lindow
aus seinem Portefeuille genommen und dann dasselbe wiederum
auf seinem Arbeitsstisch liegen lassen. Um 6 Uhr Abends war
Lindow zum Mittagessen gerufen worden, er war aber erst
gegen 6 1/2 Uhr in das Speisezimmer gegangen. Als er in
sein Arbeitszimmer zurückkehrte, sah er sogleich sein Portefeuille
geöffnet auf dem Tisch liegen, und nun erst beschloß ihn das
unheimliche Gefühl, daß er vielleicht bestohlen sein könne. Und zu
seinem Schreck schloß aus dem Portefeuille der Tausendmarkschein.
Der Verdacht Lindows, denselben entwendet zu haben, lenkte sich,
trotzdem er mit seinem Sekretär stets sehr zufrieden gewesen, um
sonnweh auf diesen, als niemand Anderes Zutritt zu seinem Ar-
beitszimmer hatte und derselbe an jenem Abend sich mit dem
Briefe an Rodet entfernt hatte, ohne ihn von ihm unter-
schreiben zu lassen. Dem Herrn Hagenow Gelegenheit zu geben,
den entwendeten Schein freiwillig zurückzugeben, sandte er noch
an demselben Abend ein Schreiben an ihn, in welchem er von
einer irrtümlichen Verpackung des Tausendmarkscheins sprach
und veranlaßte dadurch seinen Sekretär, sich kurz darauf bei
ihm einzufinden. Alle Versuche, denselben zu einem Eingestehen
der Wegnahme des Scheins zu bewegen, scheiterten an dessen
Unschuldbehauptung, und eine einige Tage darauf in der Woh-
nung Hagenows vorgenommene Hausdurchsuchung ergab ein vollstän-
dig negatives Resultat. Die hier vorgeführten Verdachtsmomente
führten zur Erhebung einer Anklage gegen Hagenow wegen Dieb-
stahls. Derselbe behauptete auch vor Gericht seine Unschuld und gab
über die Ursache, warum er den Brief an Rodet selber unter-
schrieben habe, an, daß er häufig irrelevante Schreiben für
seinen Chef unterzeichnet, und daß er auch diesen Brief für
einen ganz gleichartigen gehalten habe. Es konnte ihm daher
gar nicht beikommen, deshalb erst Herrn Lindow vom Mittags-
essen zu stören, was namentlich von Frau Lindow nicht gerne
gesehen wurde. Heute Lindow dagegen befandete, daß der
Angeklagte bisher nur Briefe auf ausdrücklichen Auftrag unter-
schrieben habe. (Warum hat er aber dem Angeklagten die in
den Brief zu legenden 50 Gulden gegeben, wenn er nicht
intendirt hätte, daß seine eigene Unterschrift gar nicht nöthig
sei?) Staatsanwalt und Gerichtshof erachteten namentlich
das letztere Moment als ein für die Schuld überzeugendes
und wurde der Angeklagte wegen Diebstahls zu sechs Monaten
Gefängnis und einjährigem Ehrverlust verurtheilt.

Vereine und Versammlungen.

ba. Die Arbeiterinnen-Versammlung, welche am Don-
nerstag, den 12. d. M., in Keller's Salon, Andreaskirche 21,
unter Vorst. der Frau Stagemann (Frau Kreutz) zweite
Vorsitzende, Frau F. H. Schriftführerin) stattfand, und zu
der auch den Männern der Zutritt gestattet war, war nicht
so gut besucht, wie die vorhergehenden, weil durch einen be-
dauerlichen Unfall die Anzeigen in den Zeitungen unterblieben
waren. Frau Guillaume-Schack legte die Rothwendig-
keit eines selbstständigen Vorgehens der Frau klar und erörterte
den Nutzen einer Organisation, die, abgesehen von anderen
Zwecken, dazu dienen solle, den gedrückten Lohn der Frauen-
arbeit durch Streiks oder durch andere Mittel zu erhöhen. Daß
die Frau etwas erreichen könne, wenn sie wolle, bewies die
Krankenkasse für Arbeiterinnen (Sig in Offenbach), die seit dem
Herbst vorigen Jahres bestche und bereits 5000 Mitglieder
zähle, es bewies, das auch die Petition gegen die Er-
höhung des Nährzollses, die innerhalb vierzehn Tage
von über 6000 Näherinnen unterschrieben dem Reichs-
tage zugegangen sei und mitbewirkt hätte, daß
in der Kommission mit 12 gegen 7 Stimmen der beabsichtigte
Zoll abgelehnt worden sei, ein Beschluß der vom Plenum be-
stimmlich beschloß werden wird. Das Vorgehen der Berliner
Arbeiterinnen müsse in allen Städten Deutschlands Nach-
ahmung finden. Interesse und Verständnis für die Fragen
des öffentlichen Lebens müssen gewekt und überall Vereine
gegründet werden, deren Ziel die Besserung der Lage der Ar-
beiterinnen und der Frauen überhaupt sein solle. Was sie
(Rednerin) dazu thun könne, werde sie thun. (Beifall.) In der
Diskussion empfahlen die Frauen Staegemann und Kangius in
warmen Worten den Anwesenden den Anschluß an den zu
gründenden Verein und forderten zum Eingehen in die aus-
schließenden vorläufigen Mitgliederlisten auf. Im Verein —
sagte Frau Staegemann — würde die Arme der Ärmern
geben, daß sie im Falle der Krankheit und Arbeitslosigkeit
nicht leide und nicht der Kommune zur Last zu fallen brauche;
der Verein — meinte Frau Kangius — müsse für die Er-
leichterung des Bewußes der Fortbildungsschulen sorgen;
Ernieuerung des Unterrichtsgeldes und höhere Löhne
seien die Mittel dazu. Fräulein Wabnig führte aus,
daß man sich durch die Einführung der Arbeitsbücher, durch
die Polizei und Regierung überzeugen könnte, welche
Hungerlöhne gezahlt würden. Die Mehrzahl der deutschen
Frauen müßten sich von Kaffee und Brot ernähren, und da
sollte eine kräftige Generation entstehen, die das Land des
vertheidigen könnte? Unsere Väter, die drei Kriege durch-
gemacht hätten, seien nicht im Stande, ihre Frauen vor Noth

zu schätzen: das sei ein trauriges Heldenthum. Die Kriege seien überflüssig und verderblich; die französische Mutter hätte auch ein Herz wie die deutsche und wolle sicherlich nicht, daß ihre Kinder auf den Schlachtfeldern verbluteten. Durch den Krieg würden gerade die gesündesten Männer vernichtet, Krüppel lehrten wir der und die Kranken blühten zurück für die Industrie und die Steuern. — Nachdem noch Frau Beyer zur Gründung eines Streikfonds gerathen hatte, um dieselben Lohnsätze zu erkämpfen, wie sie die Männer hätten, richtete der Reichstagsabgeordnete Herr Stolle, einige Worte an die Versammlung: Er begrüße den Versuch, einen Frauenverein zu gründen, mit großer Freude; die Gegner dieser Bewegung scheuten sich allerdings nicht, zu behaupten, daß die Frau nur an den Kochherd gehöre und sich dem Streikfirmus zu widmen habe, oder wenn die Frau auch durch den Gang der sozialen Entwicklung zurückgedrängt sei, so habe sie doch von Natur die gleichen Gaben und könne dasselbe leisten wie der Mann. Sie müsse in der Familie Lasten und Mühsale tragen, die jener leichten Herzens abschüttelte, sie müsse ihn ermuntern und ermutigen. Um dies aber zu können, müsse die Frau, und besonders die Arbeiterfrau, sich mehr als bisher am öffentlichen Leben betheiligen, sie müsse ein Verständnis für ihre soziale Lage bekommen und nicht, wie es heute noch geübe, ein Hemmschuh für den Mann sein, den sie aus kleinlichen Gründen in den Lohnkämpfen zum Beispiel hindere, sich seinen Genossen anzuschließen. Sie werde daran zu denken haben, daß sie ihre Arbeitskraft höher verwerthe als bisher, denn durch das massenhafte Angebot minderbesahlter Frauenarbeit werde der Lohn der Arbeiter heruntergedrückt; sie werde auch für die weitere Ausbildung ihres Geistes Sorge zu tragen haben, für die Errichtung und für die unentgeltliche Benutzung von Fortbildungsschulen, eine Aufgabe, die sie allerdings nicht selber, sondern nur Staat oder Kommune lösen könnten. Nicht, daß die Frau ihrem innersten Verufe, der Familie entfremdet werden solle, aber sie müsse ausbilden, das Vorkünder der Gesellschaft zu sein. — Auch der Reichstagsabgeordnete Herr Bock gab seiner vollen Sympathie für die Ziele des Vereins Ausdruck, nur rief er, dieselben nicht zu weit zu stellen, sondern das Nächstliegende zuerst in Angriff zu nehmen. Er erinnerte an die Geschichte der Arbeiterbewegung, die vor 23 Jahren einen kleinen Anfang genommen und auf welche die Gegner mitteilidig, spätlich und verächtlich heruntergesehen hätten, bis sie zu ihrer heutigen Größe emporgewachsen wäre. Wenn die Frauen dieselbe Ausdauer, denselben Eifer und dieselbe Fähigkeit bei

ihren Bestrebungen besitzen würden, seien schon im nächsten Jahrzehnt bedeutende Resultate zu erwarten. Nachdem noch Frau Stagemann berechtigte Klage über die Zeitungen geführt hatte, die sich darin gefielen, lägenhafte und verleumdende Berichte über die Arbeiterinnensammlungen aufzunehmen und nachdem darauf aufmerksam gemacht worden war, daß am nächsten Sonntag, Nachmittags 3 Uhr in Buldermann's Salon, Kommandantenstr. 71-72, eine Versammlung derjenigen Frauen stattfinden solle, welche sich in die ausliegenden Listen eingetragen hätten, um die Statuten zu beraten, wurde die Versammlung geschlossen.

Die Mitglieder der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler u. s. w. des Frankfurter-Thor-Bezirks, Berlin G., versammeln sich am Montag, den 16. März, Abends 8 Uhr, Andreasstr. 21 bei Keller, im oberen Saale, zur Fortsetzung der Statutenberatung. Außerdem findet die Vorwahl der Delegierten zu der am 27. Mai d. J. in Frankfurt a. M. stattfindenden General-Versammlung statt. Ein jedes Mitglied muß zu dieser Versammlung speziell mit seinem Buch versehen sein. Ohne Mitgliedsbuch darf Niemand wählen. Es wird zu gleicher Zeit noch bekannt gemacht, daß alle diejenigen, welche im Dezember 1884 eingetreten sind, und nur eine Interimskarte erhalten haben, dieselben bis zum 29. d. M. gegen Quittungsbuch in Empfang nehmen müssen. Die Empfangnahme geschieht des Sonntags Vormittags von 10 bis 12 Uhr im Lokale Gr. Frankfurterstr. 128, oder des Abends von 7 1/2 Uhr bis 8 1/2 Uhr beim Ortskassier H. Pölske, Gr. Frankfurterstr. 129, Quergeb. I. Nach dem 29. d. Mts. sind dieselben laut Statut verfallen.

hfs. Im Fachverein der Tischler, Neue Grünstraße 28, hält der praktische Vertreter der Naturheilkunde, Herr Ranig, am Montag, den 16. d. M., einen Vortrag über Schwächezustände, ihre Ursachen und naturgemäße Verhütung resp. Heilung. Gäste willkommen. — Ausnahme neuer Mitglieder. — Die nächste Vereinsversammlung im Norden Berlins findet am Mittwoch, den 18. d. M., statt. Näheres durch die Zeitungen. — Das fürste Stiftungsfest des Vereins findet am ersten Osterfesttage in der Berliner Ressource (früher Kolosseum) statt. Billets sind in den Versammlungen zu haben. An der Kasse werden keine Billets ausgegeben.

Eine öffentliche Versammlung sämtlicher Stuhlarbeiter Berlins und Umgegend findet am Montag, den 16. d. M., Abends 8 Uhr, im Volk's Salon, Große Frankfurterstraße 87, statt. Tagesordnung: Bericht über den gegenwärtigen Stand des Streiks und die Fabrikantenkonferenz.

Die Arbeiter der Firma L. Lehmann (Rummelsburg) sind ganz besonders zu dieser Versammlung eingeladen. Delegierte der streikenden Ortschaften haben ihr Erscheinen zugesagt. **Tischlerverein, Rotbulestr. 4a, Abends 8 1/2 Uhr.** Vortrag des Herrn Dr. Tafelowski über Hygiene.

Gauverein Berliner Bildhauer. (Zweigverein des Unterstützungsvereins der Bildhauer Deutschlands.) 1. Post-Str. 3 zu Buda, Brandenburgstr. 19, IV. 2. Post-Str. 3. Dupont-Str. 33, II. Schriftf. G. Jahn, Fährbringerstr. 20, IV. Schriftf. B. Miras, Georgenkirchstr. 1. Verwalter Thiede, Mariannenstr. 8.

Eine geschlossene Frauenversammlung findet am Sonntag, Nachmittags 3 Uhr, in Buldermann's Saal, Kommandantenstr. 71-72 zur Konstituierung des Vereins zur Vertretung der Interessen der Arbeiterinnen statt.

Mitglieder-Versammlung der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter (S. S. Nr. 3 zu Hamburg), Deutsche Verwaltung Berlin G., Hallesches Thor, am Sonntag, d. 15. März, Vormittag 10 Uhr, bei Rothacker, Zeltowestr. 3. Tagesordnung: 1. Statuten-Beratung. 2. Vorwahl eines Delegierten. Das Mitgliedbuch legitimirt. Zahlreicher Besuch erwünscht.

Aufforderung. Laut Beschluß der Generalversammlung des Vereins der Berliner Metallarbeiter vom 2. März soll die Abrechnung bis ult. März im „Berliner Volksblatt“ bekannt gemacht werden, da es nun nicht möglich ist, die Abrechnung fertigzustellen. Da verschiedene Personen ihre Billets von der Weinachtsmatinee noch nicht verrechnet haben, fordern wir alle diejenigen auf, welche noch im Besitze von Billets sind, entweder die Billets resp. Geld dafür bis spätestens 15. März zu beschaffen.

Briefkasten der Redaktion.

E. S. 17. Es kommt ganz auf das Statut an. Da das dasselbe nicht in Händen haben, so können wir die Sache nicht beurtheilen. Der § 26 des Krankenversicherungs-Gesetzes überläßt es den Ortschaften, derartige Kranke ganz oder teilweise von der Unterfertigung auszuschließen.

Nr. 197. R. Sie müssen für die Betroffenen im Streitfallsorge sorgen. Der Name thut nichts zur Sache, die Person steht bei Ihnen im Dienst und deshalb treffen in diesem Falle die Bestimmungen der Befehlsordnung zu. Andererseits hält sich die Sache, wenn Sie Jemand tageweise beschäftigen.

Theater.
Königliches Opernhaus.
 Heute: Don Juan.
Königliches Schauspielhaus.
 Heute: Alibiadel.
Deutsches Theater.
 Heute: Die große Glode.
Bellevalliance-Theater.
 Heute: Doktor Klaus.
Neues Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.
 Heute: Gasparone.
Central-Theater:
 Alte Jakobstraße 30. Direktor: W. Ernst.
 Heute: Der Walzer-König.
Residenz-Theater:
 Direktion Anton Anno.
 Heute: Zum 21. Male: Der Bergnügungszug. Hierauf: Die Schultretterin.
Walhalla-Operetten-Theater:
 Heute: Der Feldprediger.
Louisenstädtisches Theater:
 Heute: Viertes Gastspiel der Original-White-Star-Minireels. Dazu: Otel Bräutigam.
Ostend-Theater:
 Heute: Das Geheimniß der alten Ramsell.
Wallner-Theater.
 Heute: Die Sorgenloren.
Viktoria-Theater.
 Heute: Die Tochter des Teufels.
Alhambra-Theater.
 Heute: Benefiz für Frau Hedwig Wiese. Zum 1. Male: Bella-Lista.

Kranken-Unterstützungsbund der Schneider
 (Ein gezeichnete Hilfskasse.)
Todes-Anzeige.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Schneider **Carl Ahlgrimm** am 12. März cr. verstorben ist. Die Beerdigung findet Sonntag, den 15. März cr., Nachmittags 4 Uhr, von der städtischen Feuerbestattung in Daldorf aus nach dem Anstalts-Friedhof statt. Um zahlreiche Beteiligung bittet
 340 Der Vorstand.

Arbeitsmarkt.
Ein Tapezierergehilfe wird verl. Musauerstr. 47. Trester.
 Einen guten Kochschneider auf Stück verlangt Langner, Manteuffelstraße 51. 537
Schloffer auf Geldschranke werden verlangt Neue Schönhauserstraße 14. 531

Allen Freunden und Bekannten empfehle mein
Weiß-, Bairisch Bier- und Destillationstokal.
 Gustav Henning, Nauynstraße 65a.
 Allen Freunden und Bekannten empfehle meine
Restoration.
 Weiss- und Bairisch-Bier à Glas 10 Pf.
 Für Abend-Unterhaltung ist auf das Beste gesorgt.
G. Spiekermann,
 258 Rübendörferstr. 51.

Meinen geehrten Freunden und Bekannten empfehle mein
Schuh- u. Stiefelwaaren-Lager.
 Reparaturen schnell und billig.
 184 L. Zaako, Rüstener Platz 8.

General-Versammlung
 sämtlicher
Berliner Tischler
 Sonntag, den 15. März, Vormittags 10 Uhr,
 im Wintergarten des Central-Hotels, Straße 18-21.
 Alle Tischler müssen erscheinen.
 528 Central-Vorkommission der Tischler.

Arb.-Bez.-V. Taubischer Platz.
 Sonntag, den 15. März: 536
Herren-Parthie.
 Sammelort: Schlesischer Bahnhof früh 8 Uhr.

Arb.-Bez.-Ver. der Rosenth. Vorst.
 Sonntag, den 15. März:
Große Herren-Parthie.
 Die Mitglieder versammeln sich Vormittags wäcise 10 Uhr im Wedding-Park, Müllerstraße 178. 532

Arbeiter-Bezirksv. d. Westen Berlins.
 Der Sammelort zur
Herren-Parthie
 findet Umstände halber nicht bei Gränders, sondern Rollendortplatz Punkt 8 1/2 Uhr statt. 535

Fachverein der Tischler.
 Montag, den 16. März, Abends 8 1/2 Uhr, in Jordan's Salon, Neue Grünstraße 28:
Versammlung. 530
 Vortrag des prakt. Vertreters der Naturheilkunde Herrn Ranig: „Ueber Schwächezustände, ihre Ursachen, naturgemäße Verhütung resp. Heilung.“ — Gäste haben Zutritt.
 Der Vorstand.

Erste Mitglieder-Versammlung
 der
Vereinigung deutsch. Metallarbeiter der Mitgliedschaft Berlin (Süden)
 am Montag, den 16. März, Abends 8 Uhr, in Nieft's Salon, Kommandantenstraße 71/72.
 Tagesordnung: 1. Wahl der Ausschuss-Mitglieder, deren Stellvertreter und zweier Revisoren. 2. Welchen Nutzen bringt uns die Vereinigung? Referent Herr Max Kreuz. 3. Verschiedenes.
 NB. Gäste, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt. — Metallarbeiter sämtlicher Branchen, welche sich der Zentralisation anschließen wollen, werden in der Versammlung aufgenommen.
 533 Der Ausschuss.

Große öffentliche General-Versammlung
 der
Schloffer u. Berufsgenossen
 am Sonntag, den 15. d. M., Vormittags 9 1/2 Uhr, in der Viktoria-Brauerei, Hügostraße 112
 Tagesordnung: 1. Unser Programm und wie verhalten sich die Meister dem gegenüber. Referent Kollege Rithe. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Zu dieser Versammlung sind verschiedene Meister brieflich eingeladen. Recht zahlreiche Beteiligung der Meister wie der Kollegen erwartet.
 Die Lohnkommission der Schloffer Berlins.

Große öffentliche General-Versammlung
 der
Schloffer u. Berufsgenossen
 am Sonntag, den 15. d. M., Vormittags 9 1/2 Uhr, in der Viktoria-Brauerei, Hügostraße 112
 Tagesordnung: 1. Unser Programm und wie verhalten sich die Meister dem gegenüber. Referent Kollege Rithe. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Zu dieser Versammlung sind verschiedene Meister brieflich eingeladen. Recht zahlreiche Beteiligung der Meister wie der Kollegen erwartet.
 Die Lohnkommission der Schloffer Berlins.

Große öffentliche General-Versammlung
 der
Schloffer u. Berufsgenossen
 am Sonntag, den 15. d. M., Vormittags 9 1/2 Uhr, in der Viktoria-Brauerei, Hügostraße 112
 Tagesordnung: 1. Unser Programm und wie verhalten sich die Meister dem gegenüber. Referent Kollege Rithe. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Zu dieser Versammlung sind verschiedene Meister brieflich eingeladen. Recht zahlreiche Beteiligung der Meister wie der Kollegen erwartet.
 Die Lohnkommission der Schloffer Berlins.

Singer
 bester Construction
 für Familien und Handwerker, zum Fußbetrieb incl. Verschleißtheile u. sämtlicher Apparate à 53 Mark.
 Unter Garantie. Illustr. Cataloge gratis.

Richard Jacobi, Berlin G., 12 Papenstraße 12.

Arbeiter-Bezirksverein der Draniensburger Vorstadt und des Wedding's.
 Montag, den 16. März, Abends 8 1/2 Uhr, im Wedding-Park, Müllerstraße 178:
Versammlung.

Tagesordnung:
 1. Vortrag des Herrn Tischlermeister Mit an. 2. Fortsetzung der Statutenberatung. 3. Verschiedenes. 4. Festschlüssen. — Gäste willkommen. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.
 Zu der am Sonntag, den 15. d. Mts., stattfindenden Herren-Parthie wollen sich die Mitglieder pünktlich Morgens 8 Uhr im Wedding-Park einfinden.
 539 Der Vorstand.

Fachverein der Nähmaschinen-Arbeiter
 Sonnabend, den 14. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, in Feuerstein-Restaurant, Alte Jakobstr. 75:
Versammlung.

Tagesordnung: 1. Jahresberichtsbericht. 2. Weiterbeschlußnahme über die Resolution unserer letzten General-Versammlung. 3. Verschiedenes.
 Die Vertrauensmänner und sonstige andere Repräsentanten des Vereins werden aufgefordert, sich bis zur Eröffnung der Versammlung mit dem Kassier zu begeben, da nach der Versammlung alle Augenstände veröffentlicht werden müssen.

Allgem. deutsche Krankenkassen- und Begräbniskasse
 für
Wirter, Weber, Spinner u.
 Sonntag Vormittag 10 Uhr:
Versammlung
 in Keller's Lokal, Andreasstraße Nr. 21.
 Tagesordnung: 1. Bericht über die Generalversammlung. 2. Wahl des Vorstandes. 3. Verschiedenes.
 Das Quittungsbuch legitimirt.

Große öffentl. Versammlung
 der **Glasergehellen**
 Sonnabend, d. 14. d. Mts., Abends 8 1/2 Uhr
 Amnhallen, Kommandantenstraße.
 Tagesordnung: 1. Die Auflösung des jetzigen Berliner Glasergesellen und dafür Gründung eines Unterstützungsvereins. Referent Herr Dennier. 2. Berlesung und Beratung der Statuten. 3. Wahl eines provisorischen Vorstandes.

Der VOLKS-BAZAR
 (Kein Abzahlungs-Geschäft)
 Prinzen-Strasse No. 22, parterre.
 empfiehlt zur Frühjahrs-Saison
 elegante und dauerhafte Damen- und Mädchen-Mäntel, Herren- u. Knabenanzüge, Paletots, fertige Manufakturwaaren, Betten, Singer-Nähmaschinen, Wollwaaren, Uhren und Goldwaaren, Hüte, Schuhe, Stiefel, zu äußerst billigen aber feinen Preisen.
 Bei genügenden Referenzen bewilligen gern Credit.

Der VOLKS-BAZAR
 (Kein Abzahlungs-Geschäft)
 Prinzen-Strasse No. 22, parterre.
 empfiehlt zur Frühjahrs-Saison
 elegante und dauerhafte Damen- und Mädchen-Mäntel, Herren- u. Knabenanzüge, Paletots, fertige Manufakturwaaren, Betten, Singer-Nähmaschinen, Wollwaaren, Uhren und Goldwaaren, Hüte, Schuhe, Stiefel, zu äußerst billigen aber feinen Preisen.
 Bei genügenden Referenzen bewilligen gern Credit.

- Nähmaschinen
 bester Construction
 für Familien und Handwerker, zum Fußbetrieb incl. Verschleißtheile u. sämtlicher Apparate à 53 Mark.
 Unter Garantie. Illustr. Cataloge gratis.

Richard Jacobi, Berlin G., 12 Papenstraße 12.